

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Susanne Pickel/Gert Pickel

Elitenwandel in Osteuropa

Einstellungsunterschiede zwischen Eliten und Bevölkerung
am Beispiel Ungarns

Helmut Fehr

Von der „Solidarität“ zum Kampf um die Macht

Elitenbildung und Intelligenz in Polen

Ilja Srubar

Elitenwandel in der Tschechischen Republik

Friedrich Schmidt

Rußland – Land der Extreme

B 8/98

13. Februar 1998

Susanne Pickel, Dr. rer. pol., Dipl.-Pol., geb. 1968; seit 1996 Projektmitarbeiterin am Lehrstuhl für vergleichende Kultursoziologie der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Gert Pickel) Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit und im Wahlverhalten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und Einstellungen in westlichen Demokratien, Bern 1996; Ungarn in Europa. Demokratisierung durch politischen Dialog, Wiesbaden 1997; Demokratisierung in Ungarn, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hrsg.), Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich, Bamberg 1997.

Gert Pickel, Dipl.-Soz., Dipl.-Pol., geb. 1963; 1992–1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Universität Bamberg; seit 1996 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für vergleichende Kultursoziologie der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder.

Veröffentlichungen u. a. (zus. mit Susanne Pickel) Unterschiede in der Demokratiezufriedenheit und im Wahlverhalten zwischen ost- und westeuropäischen Staaten, in: Oscar W. Gabriel/Jürgen W. Falter (Hrsg.), Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien, Bern 1996; Tendenzen der Demokratisierung und politischen Unterstützung in Osteuropa, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hrsg.), Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich, Bamberg 1997.

Helmut Fehr, Dr. phil. habil., Privatdozent, geb. 1945; Projektleiter am Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum (SFZ) der Universität Erlangen – Nürnberg.

Veröffentlichungen u. a.: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996; Dekommunisierung und symbolische Politikmuster in Polen, in: Krisztina Mánicke-Gyöngyösi (Hrsg.), Öffentliche Konflikt-Diskurse um Restitution von Gerechtigkeit, politische Vergangenheit und nationale Identität, Frankfurt am Main 1996; Eliten, Gegen-Eliten und Generationenkonflikte, in: Arnd Bauerkämper u. a., Gesellschaft ohne Eliten?, Berlin 1997.

Ilja Srubar, Dr. phil., geb. 1946; Studium der Philosophie, Soziologie und Geschichte in Prag und Frankfurt am Main; Professor für Soziologie an der Universität Erlangen – Nürnberg.

Veröffentlichungen zum Thema u. a.: Variants of the Transformation Process in Central Europe. A Comparative Assessment, in: Zeitschrift für Soziologie, 23 (1994) 3; Neoliberalismus, Transformation und bürgerliche Gesellschaft, in: Bálint Balla/Anton Sterbling (Hrsg.), Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die Soziologie, Hamburg 1996; Probleme der europäischen Integration post-sozialistischer Länder Mittelost-Europas, in: Lars Clausen (Hrsg.), Gesellschaft im Umbruch: Verhandlungen des 27. Deutschen Soziologentages, Frankfurt am Main 1996; Zyklus und Wende. Zur Verortung der Transformation postsozialistischer Länder im Prozeß europäischer Modernisierung, in: Soziologische Revue, 19 (1996) Sonderheft 4.

Friedrich Schmidt, Dr. rer. pol., geb. 1937; Professor für Politologie und Massenmedien an der Fachhochschule Kiel, Fachbereich Sozialwesen; wiss. Leiter des Weiterbildungsstudiums ‚AV-Journalismus‘ (ehemaliger FS-Journalist); Beteiligung am Aufbau der Fakultät für Sozialarbeit an der Universität Archangelsk/Nordrußland, ein Semester Lehrtätigkeit am dortigen Deutschlehrstuhl; Aufbau von Hochschulpartnerschaften mit russischen Universitäten (Technische Universität Tallinn, Pomorenuniversität Archangelsk, Sozialuniversität Moskau).

Veröffentlichungen über Rußland, Medienfragen, Parteien, Fernsehfilme sowie über politische und soziale Themen.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Elitenwandel in Osteuropa

Einstellungsunterschiede zwischen Eliten und Bevölkerung am Beispiel Ungarns

I. Einleitung

Immer wieder wird in der akteursorientierten Diskussion um die Transformation in Osteuropa auf die Divergenzen zwischen Eliten und Bevölkerung verwiesen¹. Fast genauso oft findet man die Betonung der besonderen Wichtigkeit von Akteursentscheidungen für die Stabilisierung, Konsolidierung oder Demokratisierung überhaupt. So stellen zwei der wichtigsten Transitionsforscher, Adam Przeworski und Guiseppe Di Palma, aber auch Samuel Huntington oder Juan Linz, die Tätigkeiten und Einstellungen der Eliten zum demokratischen System sogar ganz eindeutig in den Vordergrund ihrer Analysen von möglichen Faktoren, die eine Stabilisierung der jungen Demokratien oder die Entwicklung einer Zivilgesellschaft, ob in Osteuropa oder Lateinamerika, überhaupt erst ermöglichen².

Dies erscheint insbesondere deswegen interessant, weil noch 1990 die politischen Entwicklungen bis zum Transitionszeitpunkt einhellig als stark vom Verhalten der Massen beeinflusst angesehen wurden. In der Folge der Entwicklung einer die Konsolidierungsfortschritte begleitenden osteuropabezogenen Transitionsforschung³ rücken das Handeln von Eliten, das effektive Funktionieren von politischen Institutionen und/oder die Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Transitionslandes als wichtige Stabilisationsfaktoren osteuropäischer Demokratien in den Mittelpunkt theoretischer und empirischer Erklä-

rungskonzepte. Die Relevanz der Einstellungen der Bevölkerung zum neuen politischen System und seinen Komponenten wird dabei oftmals als kaum beachtenswert eingeschätzt. Daß eine institutionelle Absicherung, eine Einbindung der Eliten in den Demokratisierungsprozeß und eine reine Fokussierung auf wirtschaftliches Wachstum allerdings sehr schnell zu Komponenten werden können, die ohne Bezug zur Bevölkerung „in der Luft hängen“, zeigen nicht zuletzt die Wahlergebnisse in fast allen Reformländern. Sie illustrieren einerseits sehr deutlich die noch große Unsicherheit der Bevölkerung in ihrem Wahlverhalten, andererseits aber auch die Konsequenzen dieser subjektiven Entscheidungen. Zwar wirkt sich natürlich auch die wirtschaftliche Entwicklung⁴ auf die Einstellungen der Bürger gegenüber dem politischen System und seinen Repräsentanten aus. Der direkte Zusammenhang zwischen harten ökonomischen Faktoren und den politischen Einstellungen der Bevölkerung ist aber weitaus instabiler, als oft suggeriert wird. Dies zeigen nicht zuletzt die schlechten Wahlergebnisse der konservativen Parteien in verschiedenen osteuropäischen Staaten (zum Beispiel Ungarn und Polen), welche trotz steigender ökonomischer Kennziffern (besonders Bruttosozialprodukt pro Kopf) abgewählt wurden.

Folglich ist für die Erhaltung der jungen Demokratien eine langfristige Konsolidierung einer demokratischen politischen Kultur der Bevölkerung unerlässlich⁵. Ob es sich dabei um einen Wandel des Demokratieverständnisses der „alten“ Eliten – hin zu einem liberalen, westlich geprägten Demokratieverständnis – und die „Weitergabe“ dieser

1 Vgl. Krisztina Mánicke-Gyöngyösi, Alte und neue Machteliten in Ostmitteleuropa, in: *Welttrends*, 3 (1994) 3, S. 43–55.

2 Vgl. Wolfgang Merkel/Hans-Joachim Lauth (Hrsg.), *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südeuropa, Asien, Afrika und Nahost*, Mainz 1997.

3 Mit Transition wird im folgenden der Übergang von einem politischen System zu einem anderen bezeichnet. Eine Transformation ist dann ein bestimmter Übergangstyp, bei dem die Demokratisierung von den herrschenden Eliten eingeleitet wird und Oppositionelle ggf. bereits vor den ersten freien Wahlen in politische Funktionen kooptiert werden.

4 Vgl. Gert Pickel, Tendenzen der Demokratisierung und politischen Unterstützung in Osteuropa. Makrosoziologische Überlegungen zu Demokratisierung und politischer Kultur in Osteuropa, in: Gert Pickel/Susanne Pickel/Jörg Jacobs (Hrsg.), *Demokratie. Entwicklungsformen und Erscheinungsbilder im interkulturellen Vergleich*, Bamberg 1997, S. 109–132.

5 Vgl. Yves Meny, *The People, the Elite and Democracy: The Populist Challenge*, Vortrag im Rahmen des DVPW-Kongresses in Bamberg, 14. Oktober 1997 (DVPW = Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft); Susanne Pickel, *Ungarn in Europa*, Wiesbaden 1997.

neuen Haltung an die Bevölkerung handelt oder ob eine parallele, unabhängige Demokratisierung der Einstellungen beider Gruppen erfolgt, ist vorerst unerheblich. Sicher ist jedoch, daß nur im Falle einer weitgehenden Übereinstimmung von politischen Werten und Haltungen der Eliten und der Bevölkerung diese sich durch das jeweilige politische System und die in ihm Regierenden adäquat vertreten sieht und dieses System auch langfristig stabil bleiben kann. Inwieweit dies der Fall ist und ob Divergenzen oder Konvergenzen in der politischen Kultur zwischen beiden Personengruppen bestehen, scheint bisher kaum erfaßt worden zu sein⁶.

Die konkrete Entwicklung politischer Einstellungen innerhalb politischer Eliten und der Bevölkerung soll in komparativer Analyse exemplarisch an Ungarn vorgestellt werden. Gerade in Ungarn, dem Land, das von vielen Transitionsforschern als ein Musterbeispiel für ein „Transplacement“⁷ – eine vom gemäßigten, reformorientierten Flügel der sozialistischen Partei initiierte Demokratisierung und ein mit der Opposition ausgehandelter institutionalisierter Übergang – angesehen wird⁸, streiten sich verschiedene Elitengruppen – frühere Dissidenten, Reformen in der MSZMP (Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei) und die Gründer der neuen Parteien – mit dem Volk um das Verdienst, das kommunistische Regime beseitigt zu haben⁹. Ebenso wie keine dieser Akteursgruppen alleine in der Lage war, das alte Regime zu stürzen, so ist keine für sich alleine fähig, das neue politische System zu konsolidieren. Vielmehr müssen Erwartungen, Einstellungen und politische Werte von Eliten und Bevölkerung mit den Basiswerten einer Demokratie in Einklang gebracht werden, so daß keine relevante gesellschaftliche Gruppe in die Lage versetzt wird, das demokratische politische System zu beseitigen.

Dabei ist zu beachten, daß die Elitenkoalition, die für den politischen Kompromiß verantwortlich war, der den Umbruch herbeiführte, in Ungarn

nicht der Elitenkoalition entsprach, welche in die Phase der Konsolidierung der jungen Demokratie überleitete, und nicht derjenigen Koalition entspricht, die jetzt dafür sorgen muß, daß sich die ungarische Demokratie bewähren kann. Zu hinterfragen ist auch, ob sich nur die Koalitionen, nicht aber die Personen in den politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Führungspositionen veränderten. Die Regierungskoalitionen könnten neu gebildet werden, ohne daß die führenden Persönlichkeiten ausgetauscht würden. In diesem Falle käme es z. B. zu einer Veränderung politischer Inhalte, nicht jedoch politischer Eliten.

II. Der Elitenwandel in Ungarn seit 1987

Spricht man von Elitenwandel, so kommen drei Modelle für den Austausch von Führungspersonal in Betracht¹⁰: Einmal kann mit dem Umbruch ein Generationenwechsel stattfinden, der sowohl die Angehörigen der alten (Reform-)Eliten als auch die Dissidenten betreffen kann (Beispiel Tschechoslowakei), dann vermag bereits die Zeit der Liberalisierung des alten Systems Gegeneliten hervorzubringen, die sich teilweise auch organisieren können (Beispiel Polen). Ein besonders interessantes Beispiel für die wechselnde Zusammensetzung von Eliten im Transitions- und Konsolidierungsprozeß liefert Ungarn. Hier war bereits vor dem Systemwechsel ein Elitenwandel zu beobachten, der zu einer Mischung der politischen Führung aus alten Reformeliten und neuen Oppositionseliten führte und letztlich in die Kompromißfindung der Runden Tische und die „ausgehandelte Revolution“ mündete. Gleichzeitig verschoben sich die Machtverhältnisse innerhalb der politischen Eliten zwischen 1987 und 1990 zunehmend zugunsten der Opposition¹¹:

1. Zwischen 1987 und 1989 führte die interne Desintegration der MSZMP zur Ablösung Janos Kadars, der Spaltung der Einheitspartei und der Neugründung von Parteien durch oppositionelle

6 Vgl. G. Pickel/S. Pickel/J. Jacobs (Anm. 4).

7 Vgl. Samuel Huntington, *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*, London 1991.

8 Vgl. Klaus von Beyme, *Systemwechsel in Osteuropa*, Frankfurt am Main 1994; Mirjana Kasapovic/Dieter Nohlen, *Wahlssysteme und Systemwechsel in Osteuropa*, in: Wolfgang Merkel/Eberhard Sandschneider/Dieter Segert (Hrsg.), *Systemwechsel 2. Die Institutionalisierung der Demokratie*, Opladen 1996, S. 213–260.

9 Vgl. Laszlo Varga, *Geschichte der Gegenwart – Das Ende der kollektiven Verdrängung und der demokratische Umbruch in Ungarn*, in: Rainer Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel (Hrsg.), *Demokratischer Umbruch in Osteuropa*, Frankfurt am Main 1991, S. 167–181.

10 Vgl. K. Mánicke-Gyöngyösi (Anm. 1), S. 46f.

11 Vgl. S. Pickel (Anm. 4), S. 126–131; Andras Bozoki, *Political Transitions and Cultural Change in Hungary*, in: ders./Andras Körösenyi/George Schöpflin (Hrsg.), *Post-Communist Transition. Emerging Pluralism in Hungary*, London u. a. 1992, S. 62; Pierre Kende, *Leistungen und Aussichten der demokratischen Opposition in Ungarn*, in: Alexander Smolar/ders. (Hrsg.), *Die Rolle oppositioneller Gruppen. Am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987–1989)*, Köln 1989, S. 64–93.

Bewegungen und Dissidenten, so daß bis 1989 schließlich in einer Art „Halblegalität“ ein präpluralistisches politisches Umfeld entstanden war (*Auftreten neuer Eliten*). Neben den politischen Parteien fanden sich 1988 auch 1 000 Wissenschaftler in der ersten demokratischen Gewerkschaft Ungarns seit der Machtübernahme der Kommunisten zusammen. Im Januar 1989 wurden diese neuen politischen Organisationen durch eine Änderung des Vereinigungs- und Versammlungsgesetzes quasi legitimiert. Allerdings war sich die Opposition in ihrer Haltung gegenüber dem Reformflügel der MSZMP keineswegs einig: Während das MDF (Ungarisches Demokratisches Forum) zunächst eine Zusammenarbeit mit den Reformkommunisten versuchte und sich im politischen Raum zwischen der Regierung und der übrigen Opposition einordnete, lehnten die liberalen Parteien SZDSZ (Bund Freier Demokraten) und FIDESZ (Bund der jungen Demokraten) jede Kooperation mit der MSZMP ab. Ihre Aktivitäten intensivierten den Dialog mit der Bevölkerung und schufen eine kritische Öffentlichkeit mit Distanz zur (noch) herrschenden sozialistisch-kommunistischen Partei.

2. Die nächste Phase der mit dem Wandel der politischen Ordnung verbundenen *Veränderung der Zusammensetzung politischer Eliten* begann Anfang 1989 und dauerte bis zum Herbst desselben Jahres. Gleichzeitig wurde auch der Prozeß der Demokratisierung des politischen Systems aus den bis dahin rein intraelitären Aktionsräumen auf die Bevölkerung übertragen. Die Rehabilitierung von Imre Nagy enthüllte den Betrug am ungarischen Volk: 1956 war in Ungarn keineswegs eine Konterrevolution, sondern ein Volksaufstand gegen das kommunistische Regime niedergeschlagen worden. Die Massendemonstration anlässlich der Bestattung Nagys offenbarte die demokratische Gesinnung der Bürger, dem sozialistisch-kommunistischen Regime war jede Legitimationsbasis entzogen. Auf Elitenebene hatten diese Ereignisse die Anerkennung des de facto bereits bestehenden Mehrparteiensystems durch die MSZMP und die Gründung des sogenannten „Oppositionellen Runden Tisches“ zur Folge. Hier sammelten sich die Oppositionsparteien, um bei der von der MSZMP geplanten Verfassungsreform geschlossen auftreten zu können und eine Aufspaltung ihrer politischen Kraft zu vermeiden. Die inhaltliche Diskussion begann im Sommer 1989 am „Nationalen Runden Tisch“, an dem die MSZMP, der „Oppositionelle Runde Tisch“ und sieben – im alten System etablierte und diesem verpflichtete – gesellschaftliche Organisationen

zusammenkamen. Nachwahlen zur Nationalversammlung bescherten der Opposition hohe Siege und untermauerten ihre Position bei den Verhandlungen über die Verfassungsrevision. Nach schwieriger Kompromißfindung und Änderungen im Parteien- und Wahlgesetz konnte im September 1989 der friedliche Übergang in die Demokratie mittels freier Wahlen, die im Mai 1990 stattfinden sollten, festgelegt werden.

3. Ein *weitgehender Elitenaustausch* erfolgte durch die freien Wahlen 1990. Bereits im Vorfeld löste sich die MSZMP auf: Die Reformer gründeten die MSZP (Ungarische Sozialistische Partei), die „hardliner“ die MSZMP als Nachfolgeorganisationen der ehemaligen Einheitspartei. Das ungarische Parlament setzte sich somit bereits vor den Parlamentswahlen im Mai 1990 infolge der Nachwahlen und der Parteispaltungen zwar nicht vollständig aus demokratisch gewählten Repräsentanten, aber zumindest aus Abgeordneten mehrerer, auch oppositioneller Parteien zusammen. Der über die Verfassungsänderung gefundene Kompromiß der politischen Parteien zerbrach mit der Regelung zur Wahl des Staatspräsidenten: Die MSZP befürwortete die direkte Volkswahl des Staatsoberhauptes, MDF, SZDSZ und FIDESZ setzten sich für eine Wahl durch das Parlament ein, um einen „starken Mann“ an der Spitze der ungarischen Republik zu vermeiden. Nach einem Plebiszit über diese Frage gelang es den beiden liberalen Parteien, sich als radikale Opposition gegenüber den Sozialisten und Kommunisten zu etablieren.

4. In der ersten Legislaturperiode zwischen 1990 und 1994 prägten konservative und liberale politische Eliten die ungarische Alltagspolitik. Dabei kann ein Elitenwandel durch politische Praxis beschrieben werden: Im Rahmen der politischen Auseinandersetzung kam es in der Nationalversammlung zu ideologischen Auseinandersetzungen, welche die Parteien in der Öffentlichkeit „unter sich ausmachten“. Es handelte sich um eine „elitäre“ Diskussion, die die Kluft zwischen Regierenden und Regierten, den Zustand des „schwebenden Parteiensystems“ offenkundig machte¹². Parteispaltungen und -neugründungen führten bis 1994 zu einer „Sejmisierung“ des ungarischen Parlaments, einzelne Parteien, wie zum Beispiel FIDESZ¹³, veränderten ihr Programm und suchten

12 Vgl. Attila Agh, *The Hungarian Party System*, in: Budapest Papers on Democratic Transition, (1993) 70; ders./Sándor Kurtan (Hrsg.), *Democratization and Europeanization in Hungary. The First Parliament 1990–1994*, Budapest 1995.

13 Vgl. Csilla Machos, *Stationen eines Imageverlustes. Der ungarische Bund junger Demokraten (FIDESZ) im Jahr 1993*, in: *Südosteuropa*, (1994) 1–2, S. 66–84.

neue ideelle Koalitionen, das heißt, mit dem Wandel der Parteiziele wendete sich der FIDESZ auch Parteien der anderen, nämlich konservativen politischen Strömung zu. Einige der neuen politischen Gruppierungen wurden auch vom Wähler nicht akzeptiert; so konnte die „authentische“ Teilgruppe der Kleinlandwirte die Wähler nicht überzeugen und nicht ins Parlament einziehen. Im Falle der Ungarischen Sozialistischen Partei ging der Imagewandel sogar so weit, daß die Partei der ehemaligen Reformsozialisten für die überwiegende Mehrheit der Wahlbevölkerung wieder „gesellschaftsfähig“ wurde.

Insgesamt hatten sich nach der zweiten Parlamentswahl die politischen Eliten mehrfach gewandelt: Zunächst waren die sozialistischen Politiker nach dem Systemwechsel diskreditiert, neue konservative und dissidente politische Führer übernahmen die Regierung. Nach Ansicht einiger Autoren hat sich mit dem Regierungsantritt der sozialistisch-liberalen Koalition lediglich die Klientel des bereits aus spätsozialistischer Zeit herrührenden Klientelismus vom oppositionell-dissidenten Personal der konservativen Regierung Jozsef Antall/Peter Boros zum reformsozialistischen Personal der Regierung Guila Horn gewandelt, auch besteht über mögliche Modelle des Elitenwechsels in Ungarn keineswegs Einigkeit¹⁴. Allerdings erscheint nach repräsentativen Studien über Eliten in Ungarn¹⁵ klar, daß zwar zwischen 1989 und 1994 neue politische Eliten in der Führung des Landes aufgetaucht sind, die ökonomischen Eliten sich jedoch zum Großteil aus Personen rekrutierten, die bereits 1988 Leitungsfunktionen in Wirtschaftsbetrieben innehatten. Daraus folgt, daß – wie in anderen Transformationsstaaten auch – kein vollständiger Elitenaustausch stattgefunden hat; vielmehr muß nun nach dem tatsächlichen oder nur angeblichen Einstellungswandel bei denjenigen Führungspersonen gefragt werden, die zur Aufrechterhaltung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ordnung notwendig sind, sich zum Teil jedoch noch aus dem „alten“ politischen System rekrutieren¹⁶. Passen ihre politischen Überzeugungen zur politischen Kultur der ungarischen Bevölkerung, oder unterscheiden sie sich von ihren Bürgern?

14 Vgl. Konzepte von György Konrad, Ivan Szelenyi, Elemér Hankiss und Erzsebet Szalai, vorgestellt bei K. Mánicke-Gyöngyösi (Anm. 1), S. 47–52.

15 Vgl. K. Mánicke-Gyöngyösi, ebd., S. 52–55.

16 Vgl. Szonja Szelenyi/Ivan Szelenyi/Imre Kovach, *The Making of the Hungarian Postcommunist Elite: Circulation in Politics, Reproduction in the Economy*, in: *Theory and Society*, 24 (1995) 5, S. 697–722.

III. Denken die Eliten anders als die Bevölkerung?

Wurde im vorangegangenen Punkt das Augenmerk auf einen exemplarischen Prozeß des Elitenwandels in der Realität eines Transformationslandes (Ungarns) gelegt, so soll nun ein kurzer Blick auf einen bisher noch etwas vernachlässigten Bereich der Transformationsforschung geworfen werden. Angelehnt an die gerade aufgeworfene Frage nach der „Demokratisierung“ der Einstellungen von Eliten, handelt es sich um den bereits in der Einleitung angesprochenen Bereich der politischen Unterstützung des neuen demokratischen Systems¹⁷, welches in hohem Umfang durch die Einstellungen der Bevölkerung zu verschiedenen Komponenten der neuen Demokratie geprägt wird. Diesem Bereich wird nicht nur seitens der Transformationsforschung oft wenig Bedeutung zugemessen¹⁸, sondern man geht oft implizit davon aus, daß Eliten und Bevölkerung entweder ähnliche Einstellungen und auch eine ähnliche Entwicklung dieser Einstellungen besitzen oder daß die Eliten als demokratische Repräsentanten die Bevölkerung auf die Dauer „demokratisieren“ werden. Inwieweit dies für die Realität Osteuropas zutreffend ist, soll nun kurz beleuchtet werden. Dabei ist für diese Betrachtung die Beantwortung der Frage: „Was sind eigentlich Eliten?“ eine Grundvoraussetzung.

Üblicherweise unterscheidet man zwischen sogenannten Funktionseliten (zum Beispiel Politiker), die sich aufgrund ihrer Tätigkeit für das Gemeinwohl für eine Elitenposition qualifizieren, und Positionseliten (zum Beispiel kirchliche Würdenträger, Kulturträger), die aufgrund ihres hohen Status als Eliten eingeschätzt werden. Für eine Betrachtung Osteuropas bietet es sich an, zwischen ökonomischen und politischen Eliten, ggf. noch kulturellen Eliten (Künstler, dissidierte Schriftsteller) zu unterscheiden, wie dies bereits im ersten Teil des Beitrags für Ungarn geschehen ist. In den folgenden Betrachtungen wird der Fokus hauptsächlich auf die politischen Eliten gelegt werden, da diese für die Demokratisierung von besonderer Wichtigkeit sind bzw. dafür öffentlich in der Verantwortung stehen.

17 Vgl. Gabriel Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture*, Boston 1963.

18 Vgl. hierzu ausführlich Susanne Pickel/Gert Pickel, *Komparativistik mit Äpfeln und Birnen*, in: dies./J. Jacobs (Anm. 6), S. 9–16.

Zieht man eine Bilanz für deren Bewertung durch die Bevölkerung, so gelangt man zu einem eher düsteren Bild. So wird den politischen Eliten – also den Repräsentanten in Politik und Verwaltung – im großen und ganzen kein besonders hohes Vertrauen entgegengebracht. Beispielsweise empfinden in Ungarn zirka 75 Prozent der befragten Bürger, daß die gewählten Repräsentanten den Kontakt zur Bevölkerung verlieren. Eng damit verbunden ist ein extrem niedriges Vertrauen in die Parteien. So bekennen in Ungarn 1995 10 Prozent, in der Tschechischen Republik immerhin 25 Prozent, aber in Polen nur 8 Prozent der Bevölkerung, ein zumindest mittelmäßiges Vertrauen in die Parteien zu besitzen¹⁹. Im Gegenteil – man empfindet, und zwar noch viel häufiger als in Westeuropa, die tagespolitischen Eliten als korrupt, unfähig oder bestechlich und alles in allem in ihrer Arbeit wenig effektiv. Gründe für diese negative Beurteilung liegen in der erfahrenen Verschlechterung der ökonomischen Situation und der in vielen osteuropäischen und ostmitteleuropäischen Ländern immer sichtbarer werdenden sozialen Ungleichheit²⁰. Diese Prozesse werden überwiegend den wechselnden politischen, aber auch den ökonomischen Eliten angekreidet. Sichtbare Reaktion ist die noch immer hohe Instabilität der Regierungsbeteiligung von politischen Gruppierungen (Parteien), das heißt die hohe Zahl an Regierungswechseln infolge von Wahlen in nahezu allen Ländern Osteuropas. Dies hat natürlich Konsequenzen für den Prozeß der Demokratisierung in den osteuropäischen Transformationsstaaten. So ist zu fragen, inwieweit diese Eliten eine Vorbildfunktion hinsichtlich der Demokratisierung ausüben können, ob sie nicht vielmehr einer Demokratisierung der Bevölkerung hinderlich sind.

Dabei weist die Zusammensetzung der Eliten in Osteuropa (wie am Beispiel Ungarn deutlich vorgeführt) einige Besonderheiten auf. Die dortigen Eliten setzen sich aus ehemaligen Sozialisten, Dissidenten, aber auch ökonomischen Aufsteigern nach dem Umbruch bzw. sogar infolge des Umbruchs zusammen. Funktionale und positionale Eliten stehen, kombiniert aus grundverschiedenen sozialen und politischen Gruppen, nebeneinander. Nun ist es einfach zu behaupten, Eliten und Bevölkerung unterschieden sich auch jetzt noch in ihren

19 Vgl. G. Pickel (Anm. 4), S. 119, und Fritz Plasser/Peter Ulram/Harald Waldrauch, Politischer Kulturwandel in Ostmitteleuropa – Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung, Opladen 1997.

20 Vgl. Jörg Jacobs/Gert Pickel, Soziale Ungleichheit in Osteuropa, in: Gert Pickel/Susanne Pickel (Hrsg.), Demokratie im interkulturellen Vergleich. Ergebnisse empirischer komparativer Analysen, Bamberg (i. E.).

zentralen Einstellungen zu demokratischen Prinzipien, demokratischen Tugenden und in ihrer politischen Unterstützung²¹. Weniger einfach ist es dagegen, diese Behauptungen fundiert zu belegen. Anders als oft aus persönlichen Eindrücken gewonnen oder einfach aus singulären Tagesereignissen geschlußfolgert, soll hier in aller Kürze versucht werden, einige Unterschiede darzustellen, ohne dabei das Instrument einer Elitenbefragung²² in Osteuropa zur Verfügung stehen zu haben. Für die empirische Betrachtung ergibt sich somit die Frage: Wie kann man Eliten in normalen Bevölkerungsumfragen erfassen?

Einen möglichen Ansatz für solch ein Vorgehen liefert Jan Jerschina²³, der eine Aufteilung der Bevölkerung in vier Personengruppen vorschlägt.

Tabelle 1: Sozialstrukturelle Eliten und politische Aktivität

	Hohe Position in der ökonomischen, politischen und strukturellen Schicht	Niedrige Position in der ökonomischen, politischen und strukturellen Schicht
Politisch aktive Bürger	Träger des Wandels („Conductors of Change“)	Aktive Bürger
Politisch passive Bürger	Passive Experten	Passive (stille) Bürger

Quelle: Jan Jerschina, A Comparative Analysis of Political and Economic Values in Russia, Ukraine, Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Slovakia, Poland and Hungary. Arbeitspapier, Krakau 1995, S. 21.

Er identifiziert im Rahmen empirischer Analysen anhand der Achsen aktiv – passiv und hohe – niedrige Position in der gesellschaftlichen Stellung²⁴ in allen osteuropäischen Staaten folgende vier Bevölkerungsgruppen, wobei die Eliten positional identifiziert werden:

- Träger des politischen Wandels (aktive, ggf. Funktionseleiten);

21 Vgl. hierzu David Easton, A System Analysis of Political Life, Chicago 1965; Dieter Fuchs, Politische Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1982; Gert Pickel/Dieter Walz, Politikverdrossenheit in Ost- und Westdeutschland – Dimensionen und Ausprägungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 38 (1997) 1.

22 Vgl. z. B. Wilhelm Bürklin/Hilke Rebenstorf, Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997.

23 Vgl. Jan Jerschina, A Comparative Analysis of Political and Economic Values in Russia, Ukraine, Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Slovakia, Poland and Hungary. Arbeitspapier, Krakau 1995.

24 Vgl. ebd., S. 21.

- passive Experten (vornehmlich positionale Eliten);
- aktive Bevölkerungssegmente (politisch interessierte Bürger);
- passive Bevölkerungssegmente (eher inaktive Bürger).

Die Träger des politischen Wandels, aber auch die passiven Experten, verkörpern die Basis der Personen, welche Eliten ausbilden und diese auch stellen, während die Bevölkerung das weniger einflußreiche Bürgertum und weitere, nicht als Eliten zu bezeichnende Gruppen der Staatsbürger widerspiegelt. Es überrascht nicht, daß der Anteil der beiden Expertengruppen im Durchschnitt jeweils zirka 10 Prozent der Befragten in den verschiedenen osteuropäischen Staaten umfaßt, während sich die beiden Gruppen der Bürger um die 40 Prozent bewegen. Dabei variiert die Zusammensetzung in Abhängigkeit von den untersuchten Ländern²⁵. Zwischen den beschriebenen Gruppen herrscht ein Gefälle der politischen und demokratischen Einstellungen, das sich folgendermaßen beschreiben läßt: „Conductors of Change“ stehen demokratischen Prinzipien meist weitaus positiver gegenüber als ihre weniger in die Politik einbezogenen Miteliten, aber auch positiver als die politisch aktiven Teile der Bevölkerung. Am stärksten in Distanz zum neuen demokratischen System stehen hier die als „passive citizens“ (stille Bürger) bezeichneten Teile der Bevölkerung.

Die in allen untersuchten osteuropäischen Staaten feststellbaren Einstellungsunterschiede²⁶ zeichnen das Bild deutlich weniger autoritär und nationalistisch geprägter Eliten, insbesondere der aktiven Experteneiten (vgl. Tabelle 2). Dies ist im Gegensatz zu den auch eher nach links orientierten Bürgern zu sehen, die bei weitem nicht so großes Vertrauen in die ökonomische Entwicklung setzen, wie dies die Eliten tun. Die als osteuropäische Eliten identifizierten Personengruppen, sind somit weniger offen für abgrenzende Radikalismen (Authoritarismus, Nationalismus) und hoffnungsvoller, was die zukünftige (ökonomische) Entwicklung angeht. Wie aus anderen Studien zu entnehmen ist, ist auch ihr Vertrauen in die „jungen“ demokratischen Institutionen höher als beim Rest der Bevölkerung²⁷.

Tabelle 2: Politische Einstellungen bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Osteuropa (in Prozent)

	Gesamt	„Conductors of Change“	Passive Experten	Aktive Bürger	Stille Bürger
Autoritarismus	32	22	23	37	33
Nationalismus	33	24	24	38	34
Egalitarismus	32	16	21	36	36
Ökonomischer Optimismus	35	45	41	32	32
Linksorientierung	35	19	24	41	38

Quelle: J. Jerschina, *A Comparative Analysis of Political and Economic Values in Russia, Ukraine, Belarus, Estonia, Latvia, Lithuania, the Czech Republic, Slovakia, Poland and Hungary*. Arbeitspapier, Krakau 1995.

Entsprechend erscheint es nicht verwunderlich, wenn es zwischen dem Elitenhandeln und den Wünschen der Bevölkerung oftmals deutliche Diskrepanzen gibt. Anders als die überwiegend stark in Richtung der Ankoppelung an die Europäische Union ausgerichteten Eliten ist in der Bevölkerung oftmals eher die Suche nach Sicherheit und Reduktion sozialer Ungleichheit vorherrschend. Dabei muß an dieser Stelle ungeklärt bleiben, inwieweit sich die Eliten der Bevölkerung, zum Beispiel aus wahltaktischen Gründen, annähern werden oder die Bevölkerung von den Eliten zu einer stärker dem demokratischem Ideal entsprechenden politischen Haltung „erzogen“ wird²⁸. Deutlich ist nur, daß die (herrschenden) Eliten in Osteuropa sich nicht auf ein gesichertes Fundament des Vertrauens in der Bevölkerung verlassen können, das ihnen, insbesondere den politischen Eliten, eine dauerhafte Sicherheit der Position ermöglichen würde. Eher sind sie gezwungen, ihre in der Regel prodemokratischeren Einstellungen an die Bevölkerung zu vermitteln.²⁹

mit Hilfe der Central and Eastern Eurobarometer, in: ZA-Informationen, 38 (1996) (ZA = Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung an der Universität Köln).

28 Hierbei soll nicht verschwiegen werden, daß die Ergebnisse nach Ländern oder Ländergruppen variieren können. So sind die aufgezeigten Unterschiede z. B. in Polen erheblich stärker differenzierend, während z. B. in Rußland die aktiven Elitengruppen noch stärkere autoritäre Züge zeigen als ihre passiveren Miteliten. Vgl. J. Jerschina (Anm. 23), S. 30-31.

29 Die Berücksichtigung sozialer Ungleichheit bzw. ein der Bevölkerung verständlicher Umgang mit diesen Ungleichheiten sowie eine positive Darstellung eigener Leistungen in

25 Vgl. ebd., S. 22.

26 Vgl. ebd., S. 30.

27 Dies zeigen eigene Ergebnisse der Autoren mit dem „Central and Eastern Eurobarometer“ oder dem „Neuen Demokratienbarometer 3“. Vgl. Susanne Pickel/Gert Pickel, Nicht nur die Politiker zählen – Einige vergleichende Ergebnisse über die Demokratisierung in Osteuropa im Zeitverlauf

IV. Fazit

Faßt man die beiden angesprochenen Aspekte zusammen, so werden folgende Punkte deutlich: Wie am Beispiel Ungarn exemplarisch für alle ostmitteleuropäischen Staaten zu sehen ist, haben sich die Rekrutierungsvoraussetzungen für politische Eliten seit 1988 erheblich verschoben: Waren ehemals eine sozialistische Gesinnung und möglichst eine Parteimitgliedschaft in der MSZMP Bedingung, wenn man eine Position in der Nomenklatur einnehmen wollte, so galt nach 1990 genau das Gegenteil: Antikommunistische Einstellungen, politische Neutralität oder besser politische Opposition vor 1990, aber auch ein deutlicher Gesinnungswandel wurden nun als Voraussetzung für den Eintritt in die politische Elite verlangt. So wundert es nicht, daß 78 Prozent der Angehörigen kommunistischer Eliten³⁰ in Ungarn nach den Wahlen 1990 Amt und Würde verloren. Die zweiten freien Wahlen 1994 führten wiederum zu einer Gegenbewegung: Drei Viertel der Abgeordneten der (neuen) Nationalversammlung wurden durch das Wahlergebnis ausgetauscht, viele der neuen Mandatsträger waren eigentlich „alte“, sie waren Mitglieder des letzten sozialistischen Parlaments

der Öffentlichkeit und ein Aufbau von Vertrauen sind dabei nicht nur für die politischen Eliten, sondern auch für die ökonomischen Eliten notwendig. Sonst dürfte letztendlich das Risiko eines weiteren Elitenwandels nicht ganz ausgeschlossen werden.

30 Vgl. S. Szelenyi/I. Szelenyi/I. Kovach (Anm. 15), S. 705, 714.

gewesen. Trotz dieser Disparität in der Zusammensetzung der politischen Eliten läßt sich überwiegend eine prodemokratischere Haltung dieser Gruppen feststellen. Sie stehen dabei vor allem der Marktwirtschaft positiver gegenüber, als es in der Bevölkerung im allgemeinen der Fall ist. Zwar sind die institutionalisierten Elemente demokratischer Herrschaft und die Einigkeit über grundlegende Werte – euroatlantische Orientierung (nicht nur Ungarns) – eine gute Basis für die Konsolidierung des neuen politischen Systems; auch darf, wie gerade angedeutet, den „neuen alten“ politischen Eliten ein gewisser Anschauungswandel unterstellt werden, aber es bestehen doch erhebliche Probleme in den internalisierten politischen Einstellungen. Einerseits ist zu hinterfragen, inwieweit die prodemokratischeren Einstellungsmuster nicht in Krisensituationen sehr schnell, insbesondere bei den „gewendeten“ Eliten, an Bedeutung verlieren, andererseits korrespondiert die politische Kultur der Eliten bei weitem noch nicht mit der politischen Kultur der Bevölkerung³¹. Diese Diskrepanz kann zu nicht unerheblichen Kommunikations-schwierigkeiten zwischen Eliten und Bevölkerung führen und drückt sich oftmals auch in extrem niedrigen Werten des Vertrauens zu den politischen Eliten aus. Inwieweit durch solche Spannungen nicht sogar die Stabilität des politischen Systems gewissen Gefährdungen unterliegt, ist eine Frage, die in der Zukunft möglicherweise noch intensiver diskutiert werden muß.

31 Vgl. Tibor Huszar, *Elite Research in Hungary: 1985–1994*, in: Heinrich Best/Ulrike Becker (Hrsg.), *Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe*, Opladen 1997.

Von der „Solidarität“ zum Kampf um die Macht

Elitenbildung und Intelligenz in Polen

Die kulturelle und politisch engagierte Intelligenz hat in Polen vor 1989 eine maßgebliche Rolle für neue politische Denkweisen und Mobilisierungsstrategien gespielt. Der konzeptionelle Einfluß der intellektuellen Gegeneliten auf die demokratische Opposition war während der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor der Gründung von *Solidarność* und vor den Rund-Tisch-Gesprächen vom Frühjahr 1989 besonders groß. Auch in der ersten Phase der Transformationsprozesse bis 1993 nahm die kulturelle und politische Intelligenz in neu gebildeten Institutionen eine strukturbildende Rolle ein. Die politische Beteiligung der oppositionellen Intelligenz reichte vom Engagement als Berater und (Gegen-)Experten bis zur Übernahme von Schlüsselpositionen in demokratischen Institutionen. Im ersten Teil meines Beitrags gehe ich auf zeitgeschichtliche Rahmenbedingungen des Elitenwandels in Polen ein. Sie betreffen kulturelle und politische Rahmenbedingungen, die sich mit dem Wendepunkt „1968“ innergesellschaftlich abzeichneten und bis zum Rund-Tisch-Dialog Wandlungen erfuhren. Im zweiten Abschnitt behandle ich Entwicklungstendenzen, die für den Elitenwandel in der ersten Phase der Transformationspolitik in Polen typisch sind. Im Mittelpunkt steht hierbei eine Typologie von Elitenkonflikten im Spektrum der Post-*Solidarność*-Parteien (die postkommunistische Allianz bleibt hier als Sonderfall außer Betracht). Im dritten Abschnitt werden ausgewählte Probleme des Rollenwandels der neuen politischen Führungsgruppen und der Intelligenz als Gruppe behandelt.

I. Voraussetzungen des Elitenwechsels von 1989: Die Herausbildung von politischen Gegeneliten

Für die Herausbildung politischer und kultureller Gegeneliten in Polen ist das Jahr 1968 entscheidend¹. „1968“ markiert den Niedergang der

reformkommunistischen Strömungen und war mit dem Bruch zwischen Intelligenz und Partei verbunden: „Zwischen 1968 und der Einführung des Kriegsrechts (am 13. Dezember 1981, H. F.) trennten sie sich von der Partei und traten zur offenen Opposition über.“² In Polen wurde die Studentenrevolte vom März 1968 zum Ausgangspunkt für sich neu kristallisierende politische Identitäten, die für die nachfolgenden Gegeneliten im Spektrum von *Solidarność* und der demokratischen Opposition grundlegend waren. Welche Dimensionen dieser Wandel für das politische Denken von Akteuren der „weltlichen“ („laikalen“) und linken Intelligenz hatte und worin die Bedeutung von Dialog – als einem Schlüsselwort für die sich neubildenden intellektuellen Gegeneliten – lag, resümiert Jacek Kuroń selbstkritisch: „Wir mußten begreifen, daß die Front des Kampfes gegen den Totalitarismus, für Freiheit und Demokratie quer durch die Linke und Rechte verlief . . . daß unsere ideelle Zugehörigkeit und damit unsere Identität mit dieser Teilung nichts zu tun hatte, die im Polen von heute und vielleicht im sowjetischen Lager *unzeitgemäß* war. Wir mußten uns also ideologisch-politisch noch einmal definieren, und das war nur möglich im Dialog mit Leuten außerhalb unseres Kreises, von denen wir fanden, daß sie uns naheständen.“³ Nach 1968 kam es zur schrittweisen Annäherung zwischen früher unterschiedlich und getrennt agierenden Milieus der Intelligenz und der demokratischen Opposition (Arbeiter, Wissenschaftler, Künstler, Studenten).

Eine Einstellungsänderung der polnischen Intelligenz zeichnete sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ab. Gruppen der kulturellen und wissenschaftlichen Intelligenz nahmen in Denkschriften und offenen Briefen zu Problemen des politischen und öffentlichen Lebens Stellung. Es bildeten sich Netzwerke, informelle Institutionen und soziale Milieus unter oppositionellen Intellek-

1 Vgl. Jacek Kuroń, *Glaube und Schuld. Einmal Kommunismus und zurück*, Weimar 1991. Ferner Jacek Wasilew-

ski/Edmund Wnuk-Lipiński, *Poland: Winding Road from the Communist to the Post-Solidarity elite*, in: *Theory and Society*, 24 (October 1995), S. 669–696.

2 Karol Modzelewski, *Wohin vom Kommunismus aus? Polnische Erfahrungen*, Berlin 1995, S. 119.

3 J. Kuroń (Anm. 1), S. 543.

tuellen und Arbeitern, in denen Ansprüche und Erwartungen auf eine Erneuerung der politischen Öffentlichkeit in Polen artikuliert werden konnten. Dabei war es kennzeichnend für die Rolle der politisch engagierten Intellektuellen, daß sie die Bemühungen um die Gestalt des Bewußtseins als grundlegend für die Wirksamkeit eines „authentischen“ politischen und sozialen Handelns sahen. Dieses Engagement drückte sich am Anfang der Selbstorganisationsbestrebungen aus („Denkschrift der 59“ Schriftsteller und Wissenschaftler zur neuen Verfassung vom 5. Dezember 1975, „Brief der 101“ Vertreter aus Kultur und Wissenschaft zur Frage der Wahrnehmung von Bürgerrechten 1976), lag der praktischen Rechtsberatung für streikende Arbeiter und Betriebsbelegschaften zugrunde (KOR: Komitee für gesellschaftliche Selbstverteidigung) und ging in die Bildungsarbeit der Untergrundverlage, der „fliegenden“ Universität und der „Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse“ ein⁴.

Nach einem Urteil von Jan Józef Lipski, einem Literaturwissenschaftler und Mitbegründer des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung“, bestand die Wirkung des Bürgerrechtskomitees gerade darin, daß eine besondere Idee des sozialen Handelns mit einem bestimmten Stil des Handelns begründet werden konnte⁵. Das KOR bildete ethische Prinzipien aus, die eine Grundlage für politische Forderungen nach Bürgerrechten und gesellschaftlicher Selbstorganisation boten. In dieser „moralischen Atmosphäre“ (Jan Józef Lipski) des KOR und anderer informeller Gruppen erfolgte eine Wiederaneignung von politischen Wertorientierungen, kulturellen Symbolen und geschichtlichen Traditionen (u. a. aus der Zeit des polnischen Untergrundstaates während der deutschen Besatzung 1939–1944/45), die im Bereich der „offiziellen“ Institutionen in Polen ausgespart wurden. Es ging den Akteuren aus den unabhängigen Initiativen darum, eine Grundeinstellung zu verdeutlichen: nämlich Denken und Handeln in Einklang zu bringen⁶. Dieser Maßstab sollte nicht als idealisierte Vorstellung moralischen Handelns in der Politik gelten. Vielmehr ging es um eine Haltung, die – nach einem Urteil Adam

Michniks – offizielle Ehrungen und materielle Vorteile ablehnt, „um in Wahrhaftigkeit leben zu können“⁷. Damit ist der Typus des „ungebeugten Intellektuellen“ gekennzeichnet, der in der Geschichte der polnischen Intelligenz einen zentralen Platz einnimmt.

Vor diesem Hintergrund sind auch noch Überlegungen von Tadeusz Mazowiecki einzuordnen, die er 1977 im Rahmen eines öffentlichen Vortrags vor dem Warschauer Klub der katholischen Intelligenz formuliert hat. Mazowiecki formulierte die Schlüsselfrage: „In welchem Sinne und in welchem Maße respektiert die gesellschaftliche Ordnung die personalen Möglichkeiten des Menschen und setzt sie zugleich frei – des Menschen, der *aktives Mitglied der Gesellschaft ist*, in der er lebt?“⁸ Mazowieckis Ausführungen gipfeln in zwei Annahmen, die für den politischen Diskurs über die Grundlagen der zivilen Gesellschaft in Polen eine fokusbildende Bedeutung erhielten: die schrittweise Erweiterung von Freiheitsräumen des Bürgers und der Aufbau der „Subjekthaftigkeit“ der Gesellschaft⁹. Der Terminus „Subjekthaftigkeit der Gesellschaft“ und seine Verbreitung in der „zweiten Öffentlichkeit“ waren Ausdruck einer erfolgreichen politischen Diskursstrategie von Gruppen der kulturellen und politischen Intelligenz, die auf diesem Weg mit der offiziellen, ritualisierten politischen Sprache der kommunistischen Partei konkurrierten. In der Perspektive eines „Neuen Evolutionismus“ (Adam Michnik) wurde eine Verbindung von Elementen der Treuhandverantwortung der polnischen Intelligenz als Gruppe und eines erweiterten Konsenses der demokratischen Opposition gefunden, der auf gewaltlosen Aktionsformen und evolutionären Zielen gründete¹⁰.

In diesem Zusammenhang erhielt Öffentlichkeit einen veränderten Bedeutungsgehalt. Die Möglichkeiten und die *Pflicht*, am öffentlichen Leben teilzunehmen, wurden für die oppositionelle Intelligenz hervorgehoben (Leszek Kołakowski, Adam Michnik), der kulturelle Protest und die Bildung unabhängiger Initiativen gefordert. Ansätze der Selbstorganisation in exemplarischen Gemeinschaften und Aktions-Komitees standen am Anfang dieses Weges; in der Gründung von Soli-

4 Vgl. Helga Hirsch, *Bewegungen für Demokratie und Unabhängigkeit in Polen 1976–1980*, München 1985; Zbigniew Hemmerling/Marek Nadolski (Red.), *Opozycja demokratyczna w Polsce 1976–1980* (Demokratische Opposition in Polen 1976–1980), Warszawa 1994.

5 Vgl. Jan Józef Lipski, *KOR*, Berkeley 1985, S. 62.

6 Siehe dazu das Konzept der Ethosgruppen: Tadeusz Szawieli, *Struktura społeczna i postawy a grupy ethosowe* (Sozialstruktur und die Einstellung zu Ethosgruppen), in: *Studia Socjologiczne*, Warszawa 1982, Nos. 1–2, S. 157–178.

7 Adam Michnik, *Der neue Evolutionismus*, in: ders., *Polnischer Frieden*, Berlin 1985, S. 54.

8 Tadeusz Mazowiecki, *Christentum und Menschenrechte*, in: ders., *Partei nehmen für die Hoffnung*, Freiburg 1990, S. 127 (Hervorhebung von H. F.).

9 Ebd.

10 Vgl. Jacek Kuroń, *Selbst-beschränkte Revolution*, in: A. Michnik (Anm. 7).

darność kumulierte diese Entwicklung: in der Allianz zwischen politisch engagierter Intelligenz, Arbeitern, Studenten und Bauern. Das Ethos von Solidarność beruhte auf dem Programm der Transformation in eine demokratische Gesellschaft, für die neben bürgerlichen Grundfreiheiten ethische Maßstäbe des Handelns wie Würde, Leben in Wahrhaftigkeit, Solidarität und Überwindung der Angst entscheidend waren¹¹.

Ein Ausdruck des veränderten Verhältnisses zwischen polnischer Intelligenz und Arbeitern war das Ersuchen des überbetrieblichen Streikkomitees im August 1980 an Warschauer Intellektuelle, sich als Berater für die Verhandlungen mit der Regierung zur Verfügung zu stellen. Die enge Zusammenarbeit einer Expertenkommission aus Ökonomen, Juristen, Soziologen, Journalisten und Schriftstellern mit dem Streikkomitee der Danziger Lenin-Werft offenbarte die veränderten Rollen von Intellektuellen und Arbeitern: Das Engagement der intellektuellen Experten in der Gründungsphase der Solidarność beruhte auf dem Verzicht, eine hervorgehobene Rolle zu spielen – weder im Sinn eines privilegierten Anspruchs auf Wahrheit noch auf Macht und Einfluß¹². Die *integrierende Leistung der kulturellen und (sozial-)wissenschaftlichen Intelligenz* für die Politik von Solidarność und die demokratische Opposition prägte die gesamte legale Periode (1980/81) und die achtziger Jahre bis zu den Rund-Tisch-Gesprächen. Dieser Sachverhalt bleibt festzuhalten trotz gegenläufiger Tendenzen – es gab auch Meinungsunterschiede, Animositäten zwischen einzelnen Führungszirkeln und zeitweilig auftretende interne Konflikte im Verhältnis von Beratern und Solidarność-Funktionären (im Verlauf des Jahres 1981). Punktuell wandte sich die Kritik an der Rolle der Intellektuellen auch gegen Ausdrucksformen informeller Hierarchien und des „Elitismus“ in oppositionellen Milieus (wie dem KOR)¹³.

11 Vgl. Janusz Tischner, *Ethik der Solidarität*, Graz 1983.

12 Vgl. Tadeusz Kowalik, *Experts in the Working Group*, in: A. Kemp-Welch (Hrsg.), *The Birth of Solidarity. The Gdansk Negotiations*, Oxford 1983, S. 143 ff.; Jerzy Holzer, *Solidarität – Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*, München 1985, S. 255; Olga Amsterdamska, *Intellectuals in Social Movements: The Experts of „Solidarity“*, in: S. Blume u. a., *The Social Direction of the Public Sciences. Sociology of the Science Yearbook*, Bd. IX, Dordrecht 1987, S. 123–245.

13 Vgl. Wojciech Arkuszewski, *The Elitist Opposition*, in: Janine R. Wedel (Hrsg.), *The Unplanned Society – Poland During and After Communism*, New York 1992, S. 236; Jacek Kurczewski, *Intellectuals and Social Movements in Process of Transformation*, in: *Polish Sociological Review*, (1997) 3, S. 212.

II. Veränderte Rahmenbedingungen und politische Initiativen während der achtziger Jahre

Eine Elitisierung „ideeller“ Natur zeichnete sich während des „Kriegsrechts“ in der ersten Hälfte der achtziger Jahre in oppositionellen Milieus ab. Mit Initiativen des Liberalismus wurden neue Akzente im politischen Diskurs von intellektuellen Gegeneliten gesetzt: (Wirtschafts-)Liberaler Ideen erhielten einen Stellenwert¹⁴. Einen Wendepunkt für (wirtschafts-)liberale Strömungen in Milieus der Intelligenz markiert die Bildung einer Gruppe junger wissenschaftlicher Mitarbeiter, Unternehmer und Journalisten, die sich 1983/84 in Danzig um die Zeitschrift „Przegląd Polityczny“ versammelten. Diese Zeitschrift integrierte zwei Strömungen der oppositionellen Milieus in Danzig. Zum einen waren dies Redakteure, junge Journalisten und Herausgeber von Untergrundzeitschriften aus dem Umfeld von Solidarność. Zum anderen verband diese Zeitschrift eine Gruppe von Ökonomen der Danziger Universität um Jan Lewandowski, nach 1990 Minister für Privatisierung, und Jan Krzysztof Bielecki, den Premier der zweiten postkommunistischen Regierung von 1991.

Ein höheres Niveau der organisatorischen und politischen Entwicklung wurde in den Jahren von 1986 bis 1988 erreicht. Es entstand ein Netz von Wirtschaftsgesellschaften (in Danzig, Warschau, Krakau und in anderen Städten Polens), in denen überwiegend Ökonomen und Kleinunternehmer aktiv wurden. Die seit 1987 rechtlich zugestandene formale Registrierung von unabhängigen (früher: „illegalen“) politischen Gruppen (Klub „Dziękonia“ im August 1988; ökonomische Studiengesellschaft in Warschau) und von Verlagen bzw. Zeitschriften („Res Publica“ 1987) bot Raum für Initiativen, die im Unterschied zu den Selbstverwaltungsforderungen der (Untergrund-)Solidarność liberale Marktmodelle betonten – im konzeptionellen und politischen Sinn. Außerdem wurden praktische Initiativen unternommen: Als Teil der ökonomischen Studiengesellschaften in Warschau, Krakau und Danzig wurden zum Beispiel Privatunternehmen gegründet. Teilweise vermischten sich Leitideen des Liberalismus mit Reformentwürfen unabhängiger katholischer Initiativen, teilweise richteten sie sich gegen damals einflußreiche Orientierungen der Solidarność-Berater und der „linken“ Opposition. Punktuell

14 Vgl. Jerzy Szacki, *Liberalism After Communism*, Budapest 1995.

grenzten sich einflußreiche Sprecher der Neoliberalen wie der Krakauer M. Dzielski vor 1989 gleichermaßen kritisch von der Politik der kommunistischen Partei und der (Untergrund-)Solidarność ab. Die Gründung zahlreicher Zeitschriften mit programmatischen Erklärungen des Liberalismus (Res Publica z.B.) und die Verbreitung von Büchern mit liberalen Ideen im Untergrund ist für die Spätphase des „Real-Sozialismus“ in Polen kennzeichnend. Die ökonomisch-liberalen Modelle lieferten die *begrifflichen Rahmenbedingungen*, die es Gruppen der gesellschaftlichen Eliten und Gegeneliten erlaubten, sich von bis dahin einflußreichen Denkmodellen zu lösen¹⁵.

Auch das 1980/91 begründete Austauschverhältnis von intellektuellen Beratern und Solidarność erfuhr Wandlungen, die unter politischen und inhaltlichen Gesichtspunkten betrachtet werden können: dem der politisch engagierten Intelligenz als auch dem der konstruktiven Rolle der kulturellen und (sozial-)wissenschaftlichen Intelligenz in den Diskussionen über Grundlagen einer Verständigungslösung¹⁶ und eines „Anti-Krisen-Pakts“ (Bronisław Geremek)¹⁷. Dem entsprachen auf organisatorischer Ebene informelle Institutionen und interorganisatorische Netzwerke, die Ende der achtziger Jahre in den Milieus der demokratischen Opposition gebildet wurden. Das wichtigste dieser Netzwerke war das 1987 von Lech Walesa einberufene „Bürgerkomitee“. Am 18. Dezember 1989 trat das „Bürgerkomitee beim Vorsitzenden von Solidarność“ – von 1987 bis 1989 als Vorbereitungs- und Koordinierungsgremium der demokratischen Opposition für die Rund-Tisch-Gespräche – mit einer programmatischen Erklärung an die Öffentlichkeit: „Im öffentlichen Leben auftretende Konflikte sollen Gegenstand einer öffentlichen Debatte in den Massenmedien sein. Die Polen müssen sich ihrer Identität bewußt werden, mit dem ganzen Reichtum pluralistischer Inhalte polnischer Tradition. Die polnische öffentliche Meinung läßt es schon nicht mehr zu, Lüge Wahr-

heit und Knechtschaft Freiheit zu nennen.“¹⁸ Nach dem X. Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens schwenkten im Januar 1989 die kommunistischen Machteliten auf Leitideen der intellektuellen Gegeneliten aus dem Umfeld von Solidarność ein. Neben Pluralismus und Versammlungsfreiheit wurde die zivile Gesellschaft als Ziel gefordert¹⁹.

Der Verlauf der Rund-Tisch-Gespräche bewirkte eine Annäherung von kommunistischen Macht- und oppositionellen Gegeneliten, die sich sowohl in einer vermittelnden politischen Sprache als auch im konsensorientierten Stil manifestierten (Medium der Verhandlungssprache). Diese Besonderheiten prägten nicht nur das Gesprächsklima, sondern auch eine veränderte politische Wirklichkeitsauffassung, die für den graduellen Systemwechsel in Polen von zentraler Bedeutung waren: Der „Eliten-Kompromiß“ am Runden Tisch kann weder von den Rahmenbedingungen noch von den Ergebnissen her unabhängig von der kreativen Rolle der intellektuellen Berater und Experten betrachtet werden. Dies gilt auch noch für die Wahlkampagne der „Bürgerkomitees Solidarność“ vor den ersten Wahlen vom 4. und 18. Juni 1989 und die Bildung des von Solidarność geprägten ersten postkommunistischen Kabinetts unter Leitung von Tadeusz Mazowiecki – eine Regierung, in der prominente Akteure aus den Milieus der intellektuellen Gegeneliten mitwirkten (Mazowiecki, Balcerowicz, Kurón, Onyszkiewicz, Hall)²⁰ und zahlreiche Angehörige der (sozial-)wissenschaftlichen Intelligenz als Experten engagiert waren²¹.

III. Elitenwandel und neue politische Spaltungen nach 1989

Mit der Regierungsübernahme der (Bürgerkomitees) Solidarność im Spätsommer 1989 wird in

15 Vgl. Alexandr Smolar/Pierre Kende, Die polnische Opposition. Die Rolle oppositioneller Gruppen. Am Vorabend der Demokratisierung in Polen und Ungarn (1987–1989), Köln 1989, S. 41.

16 Dazu zählen auch individuelle Initiativen von Intellektuellen wie der offene Brief des Historikers Jerzy Holzer, der an Jaruzelski und Walesa adressiert und in dem für eine Verständigung und Kompromißlösung argumentiert wurde (veröffentlicht in: Polityka, [1988] 2 und Przegląd Katolicki, [1988] 8).

17 Vgl. Interview mit Bronisław Geremek in der regime-nahen Zeitschrift „Konfrontacje“ ([1988] 2, S. 8). Ferner: Ryzard Bugaj/Andrzej Wielowieyski, Polens Regierung muß Abschied von der Macht nehmen, in: Frankfurter Rundschau vom 19. August 1988.

18 Vgl. Tygodnik Powszechny vom 1. Januar 1989, S. 2; Helmut Fehr, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996, S. 156 ff., 164 f.

19 Vgl. Mieczysław Rakowski, Es begann in Polen – Der Anfang vom Ende des Ostblocks, Hamburg 1995, S. 248.

20 Vgl. Bogusława Dobek-Ostrowska, Polska i hiszpańska elita polityczna w okresie tranzytu do demokracji (Polnische und spanische Elite im Übergang zur Demokratie), in: Krzysztof Palecki (Hrsg.) Elity polityczne w Polsce, Warszawa 1992, S. 101.

21 Vgl. Edmund Wnuk-Lipiński (Red.) Ekspertyzy zespołu doradców socjologicznych Obywatelskiego Klubu Parlamentarnego (wreszcie 1989 – listopad 1990) (Expertisen der soziologischen Beratergruppe des Parlamentarischen Bürgerklubs [September 1989 – November 1990]), Warszawa 1990.

Polen schrittweise ein Elitenaustausch eingeleitet, der durch zwei Merkmale gekennzeichnet ist: Erstens werden Schlüsselpositionen der politischen Eliten neu besetzt, und zweitens wird der konsensorientierte Stil aus der Phase der Runder-Tisch-Gespräche beibehalten und auf eine breitere Grundlage gestellt. Die Einleitung wirtschaftlicher Reformen (Balcerowicz-Programm) durch die neuen Eliten basiert auf einer weit verbreiteten Zustimmung von seiten der Bevölkerung. Die Politik der Kooperation und Übereinkunft sollte erst im Verlauf des Jahres 1990 – durch den „Krieg an der Spitze“ von Solidarność und die Kampagnen vor den Präsidentschaftswahlen – aufgegeben werden. Kampagnen im Verlauf des „Kriegs an der Spitze“ im Vorfeld der Präsidentschaftskampagne und der Dekommunisierungskampagnen in Polen 1991/92 bezeichnen den Wechsel in der politischen Auseinandersetzung: Statt Verständigung und der Suche nach Bedingungen für eine Übereinkunft zwischen alten und neuen politischen Eliten werden der Kampf um die ganze Macht²² und Strategien der Konfrontation in die parteipolitische Arena getragen.

Seit 1990 zeichnet sich im „nachrevolutionären“ politischen Kräftefeld Polens der Übergang von „Verständigungseliten“ zu „Konfrontationseleiten“ ab, ohne daß dieser Wechsel als Stufenfolge anzunehmen ist. Die Konzeption „Verständigungselite“²³, die auf der Annahme eines Konsenses und von Verhandlungslösungen als Grundlage der Kooperation zwischen moderaten Vertretern konkurrierender Eliten-Fraktionen beruht, kann m. E. zur Interpretation für die erste Phase der Transformation – 1989 bis 1993 – herangezogen werden. Die ausschließlich um die Macht konkurrierenden neuen Elitefraktionen lassen sich als Gegentyp zu

22 Vgl. H. Fehr (Anm. 18), S. 198.

23 Zum Konzept der Verständigungs-Eliten vgl. Włodzimerz Wesołowski, O teoretycznej inspiracji w badaniach elit politycznych (Über die theoretische Inspiration in der Forschung zu politischen Eliten), in: Jacek Wasiliewski/W. Wesołowski (Red.), Posłowie o Sejmie X kadencji (Nachwort über den Sejm der X. Legislaturperiode), Warszawa 1991, S. 21 f., 82, 98 f.; J. Wasiliewski/W. Wesołowski (Hrsg.), Początki parlamentarnej elity (Die Anfänge der parlamentarischen Elite), Warszawa 1992, S. 38, 290 ff.; J. Wasiliewski, The Contract-based Diet and Elite Formation in Poland, in: The Polish Sociological Bulletin, 101 (1993) 1, S. 41–57. Die im folgenden gewählte Bestimmung von Verständigungseliten unterscheidet sich vom Konzept der Konsensselite aus der vergleichenden Elitenforschung durch die Einbeziehung historischer und politischer Kontextbedingungen. Zur Problemsicht der vergleichenden Elitenforschung vgl. G. Field/J. Higley, Eliten und Liberalismus, Opladen 1983, S. 50 ff.; J. Higley/J. Kullberg/J. Pakulski, The Persistence of Postcommunist Elites, in: Journal of Democracy, 7 (April 1996) 2, S. 133 f., 145 f.

den an *Prinzipien der zivilen Gesellschaft* orientierten „Verständigungseliten“ (Mazowiecki-Regierung, „Demokratische Union“ und „Kongreß der Liberal-Demokraten“; seit 1994: „Freiheits-Union“) bestimmen. Für einzelne Parteien wie die Zentrums-Allianz (PC) und Jan Olszewskis „Bewegung für den Aufbau Polens“ (ROP) ist das *Selbstbild der Gegenelite* zentral – eine Orientierung, die unter politisch-kulturellen und strategischen Gesichtspunkten die Kampagnenführung von den ersten Präsidentschaftswahlen des Jahres 1990 bis zu den zweiten im Herbst 1995 prägte.

Die angeführten Unterscheidungskriterien lassen sich noch genauer bestimmen. Für das veränderte politische Kräftefeld in Polen ist eine durchgängige politische Unterscheidung im Sinn einer *Typologie* angemessen: Die neuen politischen Parteien und Eliten unterscheiden sich in den von ihnen angestrebten *Ordnungsmodellen* zum einen nach Positionen, die reformorientiert sind und auf „(zivile) Gesellschaft“ hinauslaufen, und zweitens nach solchen, die populistisch sind und auf die (nationale, patriotische oder katholische) „Gemeinschaft“²⁴ abstellen. Diese Unterschiede zwischen den neuen Parteien und Eliten drückten sich seit 1990 im Gegensatz zwischen politischen Rahmendeutungen des Transformationsprozesses wie evolutionärer Wandel (Reformen, „Zurück nach Europa“) und „revolutionärer“ Wandel („Bruch“, radikaler Elitenaustausch) aus. Bei letzteren handelt es sich um Konfrontationseleiten, die sich teilweise ausdrücklich als nur sich selbst verantwortliche Gruppierungen begreifen und Aufgaben der Mediatisierung des politischen Willens der Bevölkerung zurückweisen²⁵.

Mobilisierende Losungen, die aus dem Spektrum der neuen Machteliten vertreten werden, sind dementsprechend auch in „volkstümliche“ Slogans gefaßt wie vermeintliche Appelle an die „einfachen Leute“: „Beschleunigung“ (Zentrums-Allianz in der Präsidentschaftskampagne 1990), „Krypto-Kommunisten“ (Polemik von J. Kaczyński u. a. in

24 Vgl. dazu die programmatischen Leitlinien der Bauernpartei (PSL): „Grundsatzklärung der Polnischen Volkspartei“ (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), Außerordentlicher Kongreß der Polnischen Volkspartei, Warschau 29. 6. 1991 (verändert und bestätigt am 20. 12. 1995), unveröff. Ms., S. 2 ff., 6 f.; Inka Słodkowska (Hrsg.), Programy partii i ugrupowań parlamentarnych 1989–1991 (Programme parlamentarischer Parteien und Gruppen 1989–1991), Warszawa 1995.

25 Vgl. Boguława Dobek-Ostrowska, Polska i hiszpańska elita polityczna w okresie tranzytu do demokracji – analiza porównawcza (Die polnische und spanische Elite im Übergang zur Demokratie. Eine vergleichende Analyse), in: K. Palecki (Anm. 20), S. 104 f.

Tabelle: Elitenspaltung im Post-Solidarność-Lager (1990–1995)

	Verständigungseliten	Konfrontationseliten
seit 1991	UD, KLD (1994 vereinigt zu UW), gesellschaftliche Komitees für Referendum, informelle Gruppen („Neutrum“ u. a.)	katholisch-nationale Parteien (ZChN, PC u. a.), konservativ-nationale Parteiallianz (1997: AWS, ROP)
politische Orientierungen, Leitbilder	Konsens, Dialog, Toleranz, Pluralismus, kritische Öffentlichkeit; aufklärerisch	Ablehnung von Toleranz und Pluralismus; Macht, Nation, „wirkliches Polentum“; antiaufklärerisch
Leitideen	zivile Gesellschaft	Gemeinschaft
politische Sprache	vermittelnde politische Sprache	dogmatische politische Sprache
Indikatoren für politische Sprache	moderate Formulierungen, pragmatischer Stil, Verhandlungssprache	dramatisierende Redewendungen, Verdichtungssymbole, Personalisierungen, Verschwörungs- und Feindbilder
Interessen	Interessen als Prozeß	Interessen als Selbstzweck; Kampf um Macht im neuen politischen System
Selbstbilder	Eliten: Akteure im Prozeß der demokratischen Willensbildung; Treuhandverantwortung gegenüber dem demokratischen Gemeinwesen	Eliten: nur sich selbst verantwortliche Akteure bzw. normative Verpflichtungen gegenüber dem katholischen „unabhängigen“ Polen, dem „Geist der Nation“
Transformationsstrategien	Kooperation; reformorientiert; Institutionenbildung durch graduellen Systemwechsel; politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Pakt; evolutionär	Konfrontation; „Vernichtung des politischen Gegners“; Institutionenbildung durch „Bruch“; radikaler Elitenaustausch; „radikale“ Dekommunisierung; „revolutionär“
politischer Kampagnenstil	Konsensus-Mobilisierung; themenzentriert	Populistische Massenmobilisierung; volkstümliche Slogans

Quelle: Eigene Zusammenstellung.

UD = Demokratische Union; UW = Freiheits-Union; KLD = Kongreß der Liberal-Demokraten; PC = Zentrums-Allianz; ZChN = Christlich-Nationale Vereinigung; KNP = Konföderation Unabhängiges Polen; ROP = Bewegung für den Aufbau Polens; AWS = Wahlaktion Solidarność.

der Kampagne vor den Parlamentswahlen vom Oktober 1991), „radikale Dekommunisierung“ (Kampagne vor den Parlamentswahlen vom 19. September 1993), „rotes Spinnennetz“ (Wałesa in der Präsidentschaftskampagne November 1995) oder „Kommunisten“ (als polemische Umschreibung der postkommunistischen Allianz durch Akteure der „Wahlaktion Solidarność“ [AWS] vor den jüngsten Wahlen vom 21. September 1997).

„Verständigungseliten“ sind jedoch im Verlauf der vergangenen Jahre im Parteienspektrum nicht untergegangen, wie sich an der Rolle der „Demokratischen Union“ (UD), der „Freiheits-Union“ (UW) und intellektueller Gegeneliten im Umfeld der „gesellschaftlichen Komitees für ein Referendum“ zeigen läßt. In diesen Zusammenhang gehören auch informelle Gruppen und interorganisatorische Netzwerke, die sich nach 1990 neu bildeten, an Traditionen der Solidarność der Intelligenz anknüpften und im Verlauf von Mobilisierungskampagnen außerhalb der Arena parteipolitischer

Eliten Grundprobleme der Transformationspolitik „von unten“ erörterten. Die ideellen Anstöße von unabhängigen Frauengruppen oder von Gruppen wie „Neutrum“ und anderen Initiativen aus den Milieus der städtischen Intelligenz kumulierten in den „Gesellschaftlichen Komitees für ein Referendum“. Eine Besonderheit läßt sich festhalten: Die „Verständigungseliten“ erfahren organisatorische und politische Umwandlungen, die im Unterschied zu denen der in der Regel durch Machtambitionen der Führungszirkel geprägten „Milieu-Parteien“ auf innerorganisatorischen und thematischen Ausdifferenzierungen beruhen, wie die Neubildung der „Freiheits-Union“ – ein Zusammenschluß der UD und des „Kongresses der Liberal-Demokraten“ (KLD) – am 23./24. April 1994 dokumentiert. In der Tabelle oben fasse ich Elemente des politischen Stils, der politischen Sprache, der politischen Orientierungen und der Transformationspolitik der neuen (partei-politischen) Eliten zusammen, die eine Typologie des Elitenhandelns im postkommunistischen Polen erlauben.

IV. Neue Eliten und soziale Gruppen zwischen Mentalitäten und Interessen

Aus den bisherigen Überlegungen läßt sich eine Schlußfolgerung ziehen: Die neuen politischen Eliten konkurrieren nicht auf der Grundlage organisierter Interessen. Den in der (partei-)politischen Landschaft angesprochenen Interessen mangelt es an einer Verankerung in der sozialen Struktur. Für Polen urteilte ein Senatsmitglied der *Solidarność* im Sommer 1989 zutreffend über die Blockierung der gesellschaftlichen Entwicklung auf der Grundlage einer *unzeitgemäßen* sozialen Struktur: „Die polnische soziale Struktur ist von der Arbeiterklasse und der Nomenklatur dominiert. Und vom Verhalten dieser beiden großen Gruppen hängt alles ab, was sich in Polen abspielt(e) ... Grundlage der Veränderung muß die Umformung der sozialen Struktur sein.“²⁶ Es fehle eine differenzierte Schichtungsstruktur wie in demokratischen Gesellschaften Westeuropas oder Nordamerikas: Weder die Intelligenz noch eine andere soziale Gruppierung der polnischen Gesellschaft identifiziere sich selbst mit der Mittelklasse. „Mittelklasse“ oder „Mittelstand“ spielen im Urteil von politischen Akteuren und Wählern in Polen bis zu den jüngsten Sejm/Senatswahlen vom 21. September 1997 keine Rolle. Politische Parteien, die in ihrem Selbstbild direkt an neue soziale Interessenpositionen anzuknüpfen versuchten, wie der „Kongreß der Liberal-Demokraten“, standen vor einem Dilemma: Sie appellierten an Positionen und Haltungen der aufsteigenden Mittelschichten²⁷ und „Yuppies“ als potentielle Träger des ökonomischen Transformationsprozesses, konnten aber nicht ohne weiteres von den neuen Mittelschichten als ihrer Anhänger-schaft ausgehen²⁸.

In vergleichenden Überlegungen zur Herausbildung der Mittelklasse wird zutreffend hervorgehoben, daß „non-manual workers“ in Polen keine Haltungen zeigen, die mit der vergleichbaren Position der Mittelklasse in westlichen Gesellschaften

26 Andzej Cielinski, *Trudno postawic konia przed wozem*, in: *Zycie Warszawy* vom 9. Oktober 1989, S. 3.

27 Vgl. u. a. den Wahlaufruf des Kongresses der Liberal-Demokraten (KLD) „Nasz kapitalizm jest liberalny, bo liberalizm jest kapitalny!“ („Unser Kapitalismus ist liberal, weil der Liberalismus kapitalistisch ist!“) vor den Parlamentswahlen vom 27. Oktober 1991.

28 Vgl. Mirosława Grabowska/T. Szawiel, *Anatomia elit politycznych* (Anatomie der politischen Elite), Warszawa 1993, S. 77–101.

charakterisiert werden kann. Die dominante Mentalität wurde bis in die Gegenwart in Polen durch die Intelligenz entwickelt. Das ist Ausdruck der (bis Anfang der neunziger Jahre) weit verbreiteten Vorstellung von der Intelligenz als hervorgehobener Gruppe mit einer besonderen Treuhandverantwortung gegenüber Gesellschaft, Kultur und Nation, die sich qualitativ vom „Ethos“ der Mittelklasse unterscheidet²⁹.

Eng verbunden mit den angeführten Dimensionen der sozialstrukturellen Entwicklung und Kontinuitäten der Umwandlungen von kulturellen Mentalitäten ist eine andere Problemlage: die mangelnde Bestimmung von Interessenpolitik im Spektrum der neuen Eliten.

Das *Dilemma von Interessenorientierungen* für die polnischen Eliten und Parteipolitiker besteht in einem Sachverhalt, der sich auch in der Wahrnehmung ihrer eigenen Rolle als neue Abgeordnete im Sejm niederschlägt: Viele Abgeordnete wissen nicht, ob sie eher Gruppeninteressen oder allgemeine Interessen im Parlament vertreten sollen³⁰. Unter dem Gesichtspunkt von Gruppeninteressen können dies die Interessen von Beschäftigten aus staatlichen Großunternehmen, von Berufsverbänden oder Schutzinteressen der Bevölkerung ländlicher Regionen sein³¹. Im Hinblick auf allgemeine Interessen kann die Rolle des Abgeordneten darin bestehen, daß er oder sie sich als Repräsentant des „Geistes der Nation“ definiert. Dabei können sich Elemente patriotischer und „volkstümlicher“ Selbstbilder, kulturelle Traditionen und katholische Wertprämissen mit partikularen Interessenorientierungen verbinden³². Gemeinsam ist den gespaltenen Eliten in Polen, daß ihre partikulare

29. Vgl. Henryk Domański, *Structural Constraints on the Formation of Middle Class*, in: *Sisyphus – Sociological Studies*, VII (1991), S. 61; ders., *Spoleczenstwa klasy sredniej* (Gesellschaftliche Mittelklassen), Warszawa 1994, S. 262 ff.; Jacek Kurczewski, *Poland's Seven Middle Classes*, in: *Social Research*, 61 (1994), S. 395–421.

30 Vgl. Irena Pańków, *Dysonans poznawczy politikow okresu transformacji*, in: J. Wasilewski (Red.), *Konsolidacja elit politycznych w Polsce 1991–1993* (Die Konsolidierung der polnischen Eliten in Polen 1991–1993), Warszawa 1994, S. 181 f.

31 Im politischen Selbstbild und der Interessenpolitik der Bauernpartei mischen sich „Agrarismus“, Bekenntnisse zu nationalen und katholischen Gemeinschaftswerten mit Kritik an liberal-kapitalistischen Reformkonzepten. Siehe die Grundsatzserklärungen der Polnischen Bauernpartei (PSL), in: *V. Kongreß der Polnischen Volkspartei*, Warszawa 1997, S. 6 f.

32 So die Doktrin des „Agrarismus“ der Bauernpartei: vgl. die programmatischen Leitlinien der Bauernpartei (Anm. 24).

Zielorientierung die Möglichkeit der Repräsentation von Gruppeninteressen ausschließt³³.

Dementsprechend hoch ist die Verbreitung symbolischer Themen und globaler Slogans. So bevorzugten gerade auch Repräsentanten der „Wahlaktion Solidarność“ Muster politischer Rhetorik, in der sich das Bekenntnis zum „Freiheitswillen unseres Volkes“ (M. Jankowski) und dem Selbstbild „rechts“ (Premier Buzek) mit Forderungen nach einem Bestandsschutz von „Interessen der Arbeiter“ und Maßstäben wie „mehr Eigenverantwortlichkeit“ und „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ verbinden³⁴. Der Rückgriff auf alte und neue Gegenstereotypen aus der Entkommunisierungsdebatte ist unter Politikern der Wahlaktion Solidarność ebenso häufig verbreitet wie im Milieu der national-konservativen „Bewegung für den Aufbau Polens“. In den politischen Orientierungen von Repräsentanten dieser beiden Parteilianzen aus dem katholisch-nationalen Spektrum wurden die intellektuellen Eliten aus dem KOR/KIK (Klub der katholischen Intelligenz) einer Vergangenheitsaufrechnung unterzogen, die Affekte gegen die „laikale“ und liberale Intelligenz erzeugen soll. In dieser polemischen Sichtweise bleibt unberücksichtigt, worin der Beitrag der politisch engagierten Intelligenz als Gruppe für die Institutionalisierung demokratischer Strukturen liegt: die Intellektuellen als Initiatoren öffentlicher Debatten über demokratische Verfahrensregeln und Wertorientierungen. Das soll im folgenden am Fallbeispiel informeller Gruppen und gesellschaftlicher Sammlungsinitiativen gezeigt werden, die außerhalb der Arena (partei-)politischer Eliten Grundprobleme des Transformationsprozesses aufwarfen und intermediäre Aufgaben im Verhältnis von Bürgern und Staat in Polen übernehmen.

V. Unabhängige Initiativen und politische Öffentlichkeit

Eine unabhängige Initiative – die Gruppe „Neutrum“, die an früher vertretene Konsensgrund-

33 Vgl. Edmund Wnuk-Lipinski, *Rozpad połowiczny* (Unvollständiger Zerfall), Warszawa 1991, S. 162; Irena Panków, *A Self-Portrait of the Polish Political Elite*, in: *Sisyphus – Social Studies*, 1 (1995) IX, S. 174.

34 Vgl. das Interview mit Maciej Jankowski, Solidarność-Vorsitzender der Region Mazovsca und Gründungsmitglied der „Wahlaktion Solidarność“ (AWS) „Raupe Nimmersatt? – Die Gewerkschaft Solidarität gebiert eine gleichnamige Partei“, in: *Polen – Beilage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 10. November 1997, S. B 2.

lagen der gesellschaftlichen Selbstorganisation und Widerstandserfahrungen der „zivilen Gesellschaft“ gegenüber der totalitären „Staatsmacht“ in Polen anknüpft – trat bereits frühzeitig 1990 im Konflikt über die Abtreibungsgesetzgebung in Polen an die Öffentlichkeit. Es bildeten sich lokal und überregional Bürgergruppierungen, Komitees und Initiativen, die von 1990 bis zum Höhepunkt der Auseinandersetzung über die neue Abtreibungsgesetzgebung (Winter 1992/93) zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung beizutragen suchten³⁵.

Am Fallbeispiel der Gesetzgebung über Religion als Schulpflichtfach und des strafrechtlich verschärften Verbots von Abtreibungen wurde von der Gruppe „Neutrum“ unter anderem ein zentrales Problem der Institutionalisierung demokratischer Strukturen in Polen aufgeworfen: das Prinzip der weltanschaulichen Neutralität des Staates, eine fundamentale Norm der „Bürgergesellschaft“. Die Gruppe „Neutrum“ und die „Gesellschaftlichen Komitees für ein Referendum“ trugen vor allem zur politischen Problemformulierung über Grundlagen der Bürgergesellschaft in Polen bei. Sie überschritten durch Informationsarbeit, öffentliche Stellungnahmen, Flugblattaktionen und Proteste ein Tabu der politischen Diskursbildung im postkommunistischen Polen: Jede Kritik an der expansiven Rolle der katholischen Kirche in Polen nach 1989 wurde als „Angriff“ auf die Kirche umgedeutet. Dabei ging es gar nicht zuerst um einen Angriff gegen die katholische Kirche, sondern um eine prinzipielle Frage: Recht oder Naturrecht als Grundlagen. Die politische und kulturelle Dimension der Forderung nach einem weltanschaulich und konfessionell neutralen Staat erschließt sich durch einen Vergleich mit den Positionen der neuen politischen Parteien in Polen: Die „laikale“ (weltliche) Option wurde – abgesehen von der postkommunistischen Allianz (SLD) – nur teilweise von Parteien aus dem früheren Solidarność-Lager vertreten („Demokratische Union“, „Kongreß der Liberal-Demokraten“ bzw. seit 1994: die „Freiheits-Union“ und die „Arbeits-Union“ (UP)³⁶.

Die informellen Gruppen und Netzwerke im Spektrum von den „Gesellschaftlichen Komitees für ein Referendum“, die Gruppe „Neutrum“ und seit

35 Vgl. Neutrum, *Biuletyn oddziału Warszawskiego* (Bulletin der Warschauer Gruppe Neutrum) vom 20. Februar 1993 und Veröffentlichungen von unterschiedlichen Gruppen der sozialen Sammlungsbewegung „Referendum“.

36 Vgl. M. Grabowska/T. Szawiel (Anm. 28), S. 137 ff., 166 ff.

1989 in Polen neu entstehende unabhängige Frauengruppen (z. B. „Pro Femina“) setzten die Schwerpunkte der politischen Auseinandersetzung auf Informationsverbreitung, *Aufklärung*, Dialog und Meinungsbildung durch öffentliche Diskussion über politische Themen, Verfahrensfragen und Grundsatzrörterungen wie Fragen nach politischer Beteiligung („Bürgersinn“).

Im Unterschied zum Konkurrenzkampf der neuen politischen Parteien, der sich häufig an symbolischen Ersatzthemen entzündet („Entkommunisierung“), übernehmen die informellen Gruppen und Bürgerrechtskomitees auch integrative Aufgaben. So wurden in den „Gesellschaftlichen Komitees für ein Referendum“ im Unterschied zur parteipolitischen Arena bereits 1992/93 Versuche unternommen, alte Feindbilder abzubauen („Gegen die Roten!“, „Gegen die Nomenklatura!“) und „Sinn“-Fragen der Transformationspolitik zuzuspitzen: Toleranz und Pluralismus als Wertprämissen und Verfahrensregeln für den Aufbau der Bürgergesellschaft; Kontrolle der politischen Entscheidungsträger durch Öffentlichkeit.

VI. Intelligenz und Elitenwandel im Post-Kommunismus

Für die erste Phase des Transformationsprozesses kann in Polen von integrierenden Leistungen der politisch engagierten Intelligenz im öffentlichen und politischen Leben ausgegangen werden³⁷. Die Intellektuellen spielten eine so entscheidende Rolle, daß einige Sozialwissenschaftler von einer „Revolution der Intellektuellen“ nach 1989 ausgehen³⁸. Diesen Befunden widersprechen auf den ersten Blick Entwicklungen, die in den Debatten über die „Vergangenheitsbewältigung“ („Dekommunisierung“) im Umfeld der Post-Solidarność-Eliten in den vergangenen Jahren aufbrachen. Dabei wurden alte politische und ideologische Stereotypen wiederbelebt, die in der Zeit vor der Annäherung zwischen den unter-

37 Vgl. Mirosława Grabowska, *Civil Society after 1989 – Rebirth or Decease?*, in: Edmund Wnuk-Lipiński (Hrsg.), *After Communism – A Multidisciplinary Approach to Radical Social Change*, Warsaw 1995, S. 194 ff.

38 Edmund Wnuk-Lipiński/Jacek Wasiliewski, *How Much Communism is Left with us?*, in: *Politicus – Bulletin of the Institute of Political Studies PAN (Special issue)*, Warsaw, August 1995, S. 41.

schiedlichen Milieus der politisch engagierten Intelligenz von Bedeutung waren: die Feindbilder „weltliche“ Linke gegen das „katholische Polen“ zum Beispiel. In populistischen Slogans wurden hierbei alte und neue Motive der Intellektuellen-Kritik vermengt. Sie gipfelten in der Polemik gegen die „KOR/KIK-Eliten“ und den „Mythos der polnischen Intelligenz“. Die Kritik an dem „Mythos der polnischen Intelligenz“ stand im Mittelpunkt des „Krieges an der Spitze“ der Solidarność-Eliten im Sommer 1990, der durch Verstöße Wałesas und seiner damaligen politischen Gefolgsleute aus der „Zentrums-Allianz“ (PC) ausgelöst worden war.

Die veränderte Stellung der Intellektuellen in der postkommunistischen Gesellschaft war außerdem Gegenstand fachinterner und teilöffentlicher Debatten. Von mehreren Sozialwissenschaftlern, Historikern, Publizisten und Philosophen wurde diese Problematik nach 1989 mehrfach aufgegriffen: Wie ist der Rollenwandel und Funktionsverlust der Intelligenz im öffentlichen Leben zu bestimmen? In den letzten Jahren wurde die Stellung der kulturellen Intelligenz und der politisch engagierten Intellektuellen noch durch andere Entwicklungen relativiert, nämlich durch die Herausbildung der Gruppe der „neuen Reichen“. Dabei handelt es sich um Menschen, die in erster Linie Gemeinsamkeiten im Lebens- und Konsumstil, weniger hingegen übereinstimmende Interessen und eine gemeinsame soziale Lage aufweisen. Das unpolitische Milieu der „neuen Reichen“ – an gesellschaftlichen Problemen desinteressierte Einzelne – konkurriert auf der kulturellen Ebene mit der „alten“ Intelligenz: Der Konflikt der „neuen Reichen“ mit der kulturellen Intelligenz erstreckt sich in symbolischen Kämpfen über die Angemessenheit von Konsum- und Lebensstilen, „Geschmack“ und Kultur. Die Strategie der „neuen Reichen“ läuft nicht darauf hinaus, wie Steven Sampson für die postkommunistischen Gesellschaften zeigt³⁹, die „Konkurrenten“ im Feld der kulturellen Neubestimmung – die Intelligenz – zu eliminieren. Vielmehr geht es um die teilweise Nachahmung der kulturellen Regeln, Stile und „Gebräuche“ der Intelligenz. Es handelt sich bei den „neuen Reichen“ um eine Klasse, die gerade entsteht und die sich dabei (noch) herkömmlichen sozialstrukturellen Analyserastern entzieht⁴⁰.

39 Vgl. Steven Sampson, *Money without Culture, Culture without Money: Eastern Europe's Nouveaux Riches*, in: *Anthropological Journal on European Cultures*, (1994) 3, S. 9.

40 Vgl. ebd., S. 7–29.

VII. Politische Eliten: Zwischen Polarisierung und Professionalismus

Neben Anzeichen für eine „Krise der Intelligenz“⁴¹ wird noch eine andere Vorstellung fachintern und öffentlich diskutiert: die empirisch und theoretisch begründete Beobachtung verstärkter Fragmentierungstendenzen im Spektrum der Post-Solidarność-Eliten. Diese Auffassung steht im Gegensatz zum Selbstbild prominenter Angehöriger der neuen politischen Führungsgruppen, die den Grad der (eigenen) Professionalisierung betonen. Für die Diagnose zunehmender Fragmentierung können die immer wieder aufbrechenden Fraktionskämpfe, Spaltungen, Umwandlungen und die auf rivalisierende Führungszirkel zurückgehenden Machtkämpfe angeführt werden. Bei den politischen Elitenkämpfen in Polen handelt es sich um Konflikte, in denen symbolische Themen wie Dekommunisierung und „Moralgesetzgebung“ überwiegen. So läßt sich für die Gegenwart auch nicht von einem funktionierenden „wettbewerbsorientierten“ Parteiensystem in Polen ausgehen. Die Grundlagen für Parteienwettbewerb sind noch unbestimmt⁴². Die neuen politischen Parteien in Polen können demnach nicht nach Analyserastern der vergleichenden Parteienforschung als *Konkurrenzparteien* bestimmt werden. Die Wettbewerbsfähigkeit der neuen politischen Eliten hängt auch davon ab, daß und ob die Parteien zur Vertretung unterschiedlicher Positionen in bezug auf zentrale Probleme des Transformationsprozesses fähig sind⁴³. Dies gilt insbesondere für Voraussetzungen der politischen Konsens- und Kompromißbildung: Ideen und Verfahrensregeln wie Pakt, Übereinkunft und Kompromiß. Die ideellen Grundlagen zur Bildung von Kompromissen müssen im Parteienspektrum Polens erst noch gebildet werden⁴⁴. Es gibt *Elemente* einer pluralistischen Parteienlandschaft. Die neuen Parteien fungieren jedoch nicht

41 Joanna Kurczewska, *The Polish Intelligentsia: Departure From the Scene*, in: Michael Bernhard/Henryk Szlajfer (Hrsg.), *From the Polish Underground*, Philadelphia 1995, S. 175 ff.

42 Vgl. Włodzimierz Wesołowski, *Political Actors and Democracy: Poland 1990–1997*, in: *Polish Sociological Review*, 3 (1997), S. 228.

43 Vgl. dazu die einzelnen Studien in: *Sisyphus – Social Studies*, 1 (1995) IX.

44 Vgl. Mirosława Grabowska, *The Party System under Construction: The Parliamentary Elections in 1991*, in: *Politicus – Bulletin IPS PAS*, Warsaw 1992, S. 19. Siehe auch: Włodzimierz Cimoszewicz/Adam Michnik, *O prawdę i pojednanie (Für Wahrheit und Versöhnung)*, in: *Gazeta Wyborcza* vom 9. September 1995, S. 6 f.

als stabile intermediäre Organisationen in der öffentlichen Meinungs- und politischen Willensbildung.

Unter den ungefähr 270 neuen politischen Parteien in Polen dominiert der Typ „Mini“- und „Milieu-Partei“. Die Fraktionen der neu entstehenden Machteliten sind in Polen häufig mit *Milieu-Parteien* identisch. Die Merkmale der „Milieu-Parteien“⁴⁵ entsprechen teilweise der Funktion als „Mini-Parteien“, einer Bestimmung, wonach die Tendenzen der politischen Fragmentierung in der partei-politischen Szene Polens zutreffend festgehalten werden: Milieu-Parteien betonen exklusive Prinzipien wie die katholische Gemeinschaft und/oder „wirkliches Polentum“ als Basis nationaler Identität und lehnen in der Regel das Aushandeln von Interessenkompromissen ab wie J. Olszewskis „Bewegung für den Aufbau Polens“. Ansätze für eine Professionalisierung politischer Parteien finden sich am Beispiel der „Freiheits-Union“. Dieser zweitgrößten Regierungspartei um Balcerowicz, Geremek, Mazowiecki, Suchocka und Kuroń ist es während der Wahlkampagne vor den Sejm/Senats-Wahlen vom 21. September 1997 gelungen, das Stereotyp der „Partei von unpraktischen Intellektuellen“⁴⁶ abzuliegen und Wähler über ihre bisherige Klientel – die städtische Intelligenz – zu gewinnen. Programatisch vereinigt die „Freiheits-Union“ Grundlagen, die für die Bewältigung von Transformationsproblemen entscheidend sind: eine Mischung aus Konsens- und Kompromißbildung mit Ideen aufgeklärten politischen Handelns⁴⁷.

VIII. Schlußbemerkungen

Der Mangel an praktizierten zivilgesellschaftlichen Ideen und Verfahrensweisen in der parteipolitischen Arena blockiert eine Entwicklung: die Herausbildung repräsentativer Eliten in Polen. Diese Problematik ist um so schwerwiegender, als politische Parteien und Führungsgruppen als Träger für den schrittweisen Aufbau der Bürgergesellschaft in der postkommunistischen Phase notwendig sind. Eine Bedingung für die Bewältigung der Fragmentierungstendenzen im Spektrum der Post-

45 Zum Begriff der Milieu-Parteien vgl. M. Grabowska (Anm. 44), S. 19, 23 f.

46 Interview mit Leszek Balcerowicz, in: *Frankfurter Rundschau* vom 6. Oktober 1997, S. 5.

47 Vgl. Deklaracja Programowa I Krajowego Kongresu Uchii Wolności (23.–24. 4. 1994) (Programmerklärung des I. Landeskongresses der Freiheits-Union), Warszawa 1994.

Solidarność-Parteien wäre: Die *politische Unreife* der neuen Eliten muß überwunden werden. Dazu ist es erforderlich, daß die politischen Führungsgruppen selbstzerstörerische Tendenzen der „neuen“ politischen Kultur auflösen, die in allen ost-mitteleuropäischen Ländern und in Polen nach 1990 verbreitet sind: „Der politische Kampf, bei

dem es mehr um die Vernichtung des Gegners als um die Mobilisierung von Anhängern für sich selbst ging . . .“⁴⁸

48 Edmund Wnuk-Lipiński, *Recydywa PRL – z nasza pomoca* (Rückfall in die Volksrepublik – mit Hilfe von unseren), in: *Gazeta Wyborcza* vom 5. Juli 1994.

Elitenwandel in der Tschechischen Republik

I. Ausgangsbedingungen der Formierung der gegenwärtigen tschechischen Elite

Der Transformationsprozeß in Osteuropa hat die Bedeutung von Eliten¹ als Akteuren sozialen Wandels einmal mehr deutlich werden lassen, zugleich aber auch einen Elitenwandel eingeleitet, der mit der Transformation dieser Gesellschaften unteilbar verbunden ist. Die Frage nach dem Elitenwandel in den postsozialistischen Ländern, darunter auch in Tschechien, wird daher zuerst von dem Interesse an der Zusammensetzung der neu etablierten Eliten getragen, die gegenwärtig als Akteure in der gesellschaftlichen Arena auftreten. Wenn wir deren innere Struktur als ein Resultat von Elitenwandel begreifen wollen, müssen wir uns darüber hinaus die Frage stellen, ob und in welchem Maße wir es hier mit einer Transformation von Eliten – also mit einer Umorientierung von bereits früher in Elitenpositionen befindlichen Personen bzw. Gruppen – oder mit einem „echten“ Elitenwechsel bzw. einer Elitenzirkulation zwischen unterschiedlichen Gesellschaftsschichten zu tun haben. Unser Blick wird so in jedem Falle von der Gegenwart auf die Vergangenheit gelenkt, das heißt auf die Entstehung und Entwicklung von sozialen Gruppierungen und Kreisen, die als Rekrutierungsbasis für die gegenwärtige Elite dienen bzw. hätten dienen können.

Als Ereignisse, deren strukturelle Konsequenzen eine Schlüsselrolle für die Formierung von Gruppen und Kreisen hatten, aus denen die Eliten der Nachkriegs-Tschechoslowakei und nunmehr Tschechiens hervorgingen, sind die kommunistische Machtübernahme von 1948 sowie die Besetzung der Tschechoslowakei durch die Truppen des Warschauer Paktes 1968 anzusehen. Die Auswir-

kungen des kommunistischen Umsturzes von 1948 auf die Elitenformierung der Nachkriegszeit lassen sich knapp in drei Punkten zusammenfassen: Erstens wurde das Merkmal der „Klassenzugehörigkeit“ als ein Auswahlkriterium für den Aufstieg bzw. für den Verbleib in Elitepositionen etabliert. Infolgedessen verloren, zweitens, „bürgerliche Elemente“ außerhalb, aber auch innerhalb der Kommunistischen Partei (KP) ihre Stellung und wurden in bedeutendem Maße durch Aufsteiger aus „proletarischen Schichten“ ersetzt. Um diesen Bedarf zu decken, öffnete die Kommunistische Partei, drittens, nach 1948 ihre Tore den Zwanzigjährigen und wurde zu einer Massenpartei mit etwa 1,5 Millionen Mitgliedern. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Biographien der nach 1989 abtretenden „alten Elite“ deutlich wider. Doch nicht nur „Proletarier“ stiegen somit in Elitepositionen auf. Auch junge Generationen der Mittelschicht, geprägt durch die Erfahrung der deutschen Besatzungszeit, nutzten das Angebot, traten der Kommunistischen Partei bei und absolvierten auch häufig ihr Studium wenigstens teilweise in der Sowjetunion. Angehörige der so entstandenen Bildungsschicht, die noch in der Demokratie der Zwischenkriegszeit sozialisiert worden waren und ihre Erfahrung mit der sowjetrussischen Wirklichkeit gemacht hatten, bildeten den Kern der Reformer, die 1968 gegen die konservativen, bürokratischen Spitzen der KP auftraten.

So wichtig die Entwicklung nach 1948 für das Verständnis der Rahmenbedingungen der Elitenbildung in der Nachkriegszeit ist, die eigentlichen Weichen für die Gestaltung des Rekrutierungsreservoirs der gegenwärtigen tschechischen Eliten wurden durch die Selektionsprozesse gestellt, die nach der Niederschlagung des Prager Frühlings durch die von der moskautreuen Parteiführung betriebene „Normalisierungspolitik“ eingeleitet wurden. Darauf deutet schon das Durchschnittsalter der neuen Eliten hin, das zwischen 40 und 55 Jahren liegt. Betrachten wir also kurz die wesentlichen sozialstrukturellen Konsequenzen der „Normalisierung“. Im Rahmen der bis 1971 erfolgten Säuberungen wurden etwa 320 000 Personen aus der Partei entfernt, entweder förmlich ausgeschlossen oder ihre Mitgliedschaft wurde

1 Sofern nicht anders angeführt, wird hier unter „Elite“ Funktionselite verstanden, d.h. jener Personenkreis, der Spitzenpositionen in Politik, Wirtschaft, Staatsverwaltung, Kultur, Wissenschaft etc. innehat. Ich verwende diesen Begriff im Sinne von Wolfgang Schluchter, Der Elitenbegriff als soziologische Kategorie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 15 (1963) 2, S. 253 ff.

gelöscht, und etwa 140 000 haben ihre Mitgliedschaft nicht erneuert². Darunter befanden sich an erster Stelle die Exponenten des Prager Frühlings im Partei- und Staatsapparat, zirka 40 Prozent der Wirtschafts-, Kultur- und Medieneliten, mehrere hundert Hochschullehrer etc., die mit Berufsverboten belegt bzw. in einer ihrer Qualifikation nicht entsprechenden Position beschäftigt wurden. Dieses Schicksal widerfuhr auch zahlreichen Parteiloosen. Hinzu kam eine Emigrationswelle von zirka 120 000 Personen, die ebenfalls in erheblichem Maße zu den qualifizierten Schichten der Bevölkerung zählten³. Damit wurde nicht nur die Altersgruppe der damals 45- bis 55jährigen, zu der der Großteil der Reformer gehörte, innerhalb der Elite geschwächt, sondern auch das Reservoir der 1940er Geburtsjahrgänge, die 1968 am Anfang ihrer Karriere standen, erheblich gemindert. Das Durchschnittsalter in der Kommunistischen Partei überstieg 1971 infolge dieser Maßnahmen generell 50 Jahre, in Prag lag es gar bei 57 Jahren⁴.

Diese Entwicklung hatte eine Reihe von Auswirkungen, die für die Elitenbildung in der Tschechoslowakei und nachfolgend auch in der Tschechischen Republik von Bedeutung sind. Bei dem gegebenen Ausmaß der Säuberungen wurde es – wieder einmal – notwendig, die freigewordenen Elitenpositionen neu zu besetzen, um das Funktionieren des Regimes und seiner Apparate zu gewährleisten. Da viele dieser Positionen „Nomenklaturstellen“, das heißt an die Parteimitgliedschaft gebundene Stellen waren, sah sich die Partei gezwungen, diese mit Mitgliedern aus den unteren Positionen des Apparates zu besetzen. Abgesehen von der „bürokratischen“ besaßen diese in den wenigsten Fällen fachliche Qualifikationen. Zugleich war die KP bemüht, neue Mitglieder anzuwerben, und nahm bis 1975 etwa 285 000 „Kandidaten“ auf, von denen 50 Prozent jünger als 25 Jahre waren⁵. Viele nutzten die angebotenen Aufstiegschancen, um auf eine ihrer Qualifikation bzw. ihrer Qualifikationsabsicht gemäße Position zu gelangen und akzeptierten dabei die Parteimitgliedschaft als notwendige Bedingung. Im Verlauf der kommenden Jahrzehnte entstand so eine Schicht jüngerer, pragmatisch auf ihr eigenes Fortkommen gerichteter, qualifizierter Parteimitglie-

der mit überwiegend technischer bzw. ökonomischer Ausbildung, die im „zweiten Glied“ auf jene Leitungspositionen warteten, deren Inhaber aus dem Kreis älterer Mitglieder des bürokratischen Parteiapparats rekrutiert worden waren⁶. Die Spuren dieses Konflikts zwischen jungen „Technokraten“ und älteren „Bürokraten“⁷ innerhalb der Partei lassen sich auch im Prozeß der Bildung der neuen tschechischen Eliten nach der Wende im November 1989 entdecken, wie sich später zeigen wird.

Eine weitere umfangreiche Gruppe, die für die Formierung der tschechischen Elite nach 1989 von erheblicher Bedeutung ist, stellten die Mitglieder der sogenannten „grauen Zone“ dar. Hier handelt es sich um Personen, die im Bereich der Wirtschaft, der Verwaltung, der Kultur und der Wissenschaft tätig waren und entsprechende Qualifikationen besaßen. Sie waren aber häufig keine Parteimitglieder und konnten daher mit einem Karriereaufstieg nicht rechnen. Sie waren zwar keine Dissidenten im eigentlichen Sinne, hegten aber keine Sympathie für das Regime und stellten so einen „Resonanzboden“ für die Dissidentengruppierungen dar⁸.

Für den Verlauf der Wende und der nachfolgenden ersten Phase der Transformation hatten natürlich jene Dissidentengruppen eine entscheidende Bedeutung, die die Charta 77 ins Leben riefen. Wenn auch die Anzahl der Signatäre der Charta zwischen 1977 und 1989 nicht höher als 2000 war⁹ und die Zahl der wirklichen Aktivisten noch wesentlich niedriger – auf zwei- bis dreihundert Personen¹⁰ – angesetzt werden muß, so haben

6 Neuere Untersuchungen zum Elitenwandel legen allerdings nahe, daß dieser Personenkreis im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre die fehlende formale Qualifikation auf dem Wege der Erwachsenenbildung nachholte. Vgl. Milan Tuček, Vytváření nové elity (Bildung neuer Elite), in: Pavel Machonin/Milan Tuček u. a., Česká společnost v transformaci. K proměnám sociální struktury (Tschechische Gesellschaft in der Transformation. Zum Wandel der Sozialstruktur), Praha 1996.

7 Zu diesem Ergebnis kommt Petr Matějů in: E. Hanley/P. Matějů/K. Vlachová/J. Krejčí, The Making of Post-Communist Elites in Eastern Europe. A Comparison of Political and Economic Elites in Czech Republic, Hungary and Poland, Institut of Sociology, Czech Academy of Sciences, Prague 1996.

8 Der Begriff wurde geprägt von Jiřina Šiklová, The Gray Zone and the Future of Dissent in Czechoslovakia, in: Social Research, 57 (1991) 3, S. 347–369.

9 Siehe das Verzeichnis der Signatäre der Charta 77 in: Vilém Prečan (Hrsg.), Charta 77: 1977–1989, Bratislava 1990, S. 489 ff.

10 Vgl. Vladimír Horský, Die sanfte Revolution in der Tschechoslowakei 1989. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 14, Köln 1990.

2 Allerdings hatte die Partei nach diesem Aderlaß noch 1,2 Millionen Mitglieder. Vgl. Jan Skála, Die ČSSR. Vom Prager Frühling zur Charta 77, Berlin 1978, S. 81.

3 Vgl. Zdeněk Hejzlar, Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Köln – Frankfurt am Main 1976, S. 353 ff.

4 Vgl. J. Skála (Anm. 2), S. 81.

5 Vgl. Z. Hejzlar (Anm. 3), S. 367 f.

diese Gruppen zweifelsohne die Gegenelite dargestellt, um die sich nach der Wende das Bürgerforum bildete und deren Aktivisten mit Václav Havel an der Spitze als Verhandlungspartner für das alte Regime bei den Verhandlungen im Winter 1989 auftreten konnten. Die Zusammensetzung der Chartisten war – gemäß ihrem Programm als eine „informelle, offene Gemeinschaft“ von Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen, die sich für Menschen- und Bürgerrechte einsetzen wollten¹¹ – recht heterogen. Die Charta 77 vereinte etwa die Exponenten des Prager Frühlings mit religiös bzw. ökologisch motivierter Opposition einerseits und mit „bürgerlichen“ Intellektuellen der vorkommunistischen Ära sowie mit der Opposition aus den Reihen der nichtkonformen Künstler andererseits.

Die letzte hier zu nennende Gruppe, die in der Folge des Einmarsches von 1968 und der Normalisierung erzwungenermaßen entstand und in der postsozialistischen Elitenbildung eine Rolle hätte spielen können, war jene der Emigranten. Darunter befanden sich die prominenten Akteure des „Sozialismus mit dem menschlichen Antlitz“ und der sozialistischen Opposition im Ausland wie etwa Jiří Pelikán und Ota Šik, aber auch ein Teil der weniger prominenten Mitglieder der Funktionseliten von 1968 sowie Angehörige jüngerer Geburtsjahrgänge, die ihre Ausbildung bereits im Westen erhielten und dort in einem breiten Spektrum qualifizierter Professionen tätig waren. Zwischen der chartistischen Gegenelite und den in der Emigration wirkenden Kreisen bestand eine rege Verbindung, die zu der weltweiten Wahrnehmung der Charta 77 beitrug.

II. Ausdifferenzierung der Wendeeliten nach 1989

Das in der Nacht vom 19. auf den 20. November 1989 in Prag gegründete Bürgerforum, das die Urzelle abgeben sollte, aus der die politische Wendeelite der ersten Stunde hervorging, gruppierte sich ursprünglich um die einzige sich im Land artikulierende Gegenelite: um die Charta 77 unter der Federführung von Václav Havel. Gemäß dem Programm der Charta war das Bürgerforum keine politische Partei, sondern eine Sammelbewegung,

bestehend aus Gruppen, Kreisen und Einzelpersonen, die eine oppositionelle Einstellung zum Regime teilten. Bereits der Gründungsort des Forums – Činoherní klub, ein Prager experimentelles Kleintheater – zeigt an, daß für die Formierung der Wendeelite der ersten Stunde die in der Charta seit jeher vertretenen Kreise der Intellektuellen sowie der literarischen und künstlerischen „Intelligentsia“ prägend waren. In der Tat waren es vor allem die aus den Medien bekannten Schauspieler und Künstler, die den Kontakt zwischen dem Prager Zentrum und der breiten Öffentlichkeit herstellten. Von Studenten begleitet, gingen sie in die Betriebe und fuhren aufs Land, wo sie Videoaufnahmen von den am 17. November 1968 von den Sicherheitskräften an Studenten verübten Massakern vorführten und so für die Massendemonstrationen und für den Generalstreik den Boden vorbereiteten¹². Mit der zunehmenden Bedeutung des Bürgerforums in seiner Eigenschaft als politisches Zentrum der Opposition fanden sich in seinen Reihen auch Vertreter der Blockparteien, der Kirche, der Gewerkschaften, der Studentenschaft sowie der wissenschaftlichen Institutionen¹³. Das Forum vereinte zu jener Zeit politische Vertreter der 68er Reformer (Jiří Hájek, Věněk Šilhán), des sozialdemokratischen Dissenses (Rudolf Battěk), Spielarten des politischen (Jiří Dienstbier) und des ökonomischen (Václav Klaus) Liberalismus, christdemokratische Strömungen (Ján Čarnogurský, Václav Benda) sowie ehemalige Reformkommunisten (Čestmír Čisář, Ladislav Lis, Jaroslav Šabata). Die Vertreter dieser Richtungen gehörten sowohl zu der Generation der 1968 verstoßenen als auch zu den damals auf den Arbeitsmarkt drängenden Alterskohorten, für die die „Normalisierung“ eine Beeinträchtigung bzw. eine Blockade ihrer Aufstiegschancen bedeutete und die in der „grauen Zone“ des Regimes überlebten (so etwa auch Václav Klaus).

Nachdem sich das Bürgerforum in den Wahlen im Juni 1990 als die stärkste politische Kraft durchgesetzt hatte und somit auch die Richtung der Transformation bestimmen mußte, begann ein Prozeß schneller Ausdifferenzierung, der von heftigen Auseinandersetzungen begleitet wurde. Der erste Konflikt betraf die Richtung der künftigen Wirtschaftspolitik. Auf der einen Seite stand die Konzeption eines durch staatliche Maßnahmen abgefederten, langsameren Übergangs zur Marktwirtschaft, in dem auch viele Vorstellungen eines „Dritten Weges“ mitschwangen. Diese Konzeption

11 Vgl. Prohlášení Charty 77 vom 1. Januar 1977 (Erklärung der Charta vom 1. Januar 1977), in: V. Prečan (Anm. 9), S. 12.

12 Vgl. V. Horský (Anm. 10), S. 26 ff.

13 Vgl. ebd., S. 17.

wurde vor allem mit dem Namen Valtr Komárek verbundén, dem Leiter des Instituts für Prognostik der Akademie der Wissenschaften, der den Posten des Vizepremiers bekleidete und später eine der führenden Gestalten in der neu gegründeten Sozialdemokratie war. Dem stand das neoliberale Modell einer „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ des Finanzministers Václav Klaus, des ehemaligen Mitarbeiters an Komáréks Institut, gegenüber¹⁴. Der zweite Konflikt betraf die zukünftige Gestaltung des Bürgerforums als einer politischen Gruppierung. Er wurde ausgetragen zwischen Václav Klaus und Václav Havel, an dessen Seite auch die wesentlichen Teile des Chartistenkreises standen, so etwa der Außenminister Jiří Dienstbier bzw. der tschechische Premierminister Petr Pithart. Hier kollidierten zwei Typen unterschiedlichen Demokratieverständnisses miteinander¹⁵.

Vor dem Hintergrund der chartistischen Auffassung der „Civil Society“ als einer nicht parteiförmigen Solidargemeinschaft der Bürger mit unterschiedlichen Anschauungen und Interessen widersetzten sich die Chartisten der Umformung des Bürgerforums in eine politische Partei. Dies dagegen wurde von Klaus befürwortet, der das Modell einer liberalen, auf Parteibildung beruhenden Konkurrenzdemokratie präferierte. Das Resultat dieses Konflikts war die Aufsplitterung des Bürgerforums in die liberalkonservative von Václav Klaus geführte und in den anschließenden Wahlen von 1992 erfolgreiche Bürgerlich-demokratische Partei (ODS) und die Bürgerbewegung (OH), geführt von Jiří Dienstbier, die die Tradition des Bürgerforums fortführen wollte. Als dritte Partei ging aus diesem Spaltungsprozeß die Bürgerlich-demokratische Allianz (ODA), geführt von Wirtschaftsminister Vladimír Dlouhý, hervor, die gezielt um die intellektuelle Elite des Landes warb.

Die beiden Konflikte, in denen sich Václav Klaus und seine Anhänger durchsetzen konnten, hatten eine „gate keeper“-Funktion für die Zusammensetzung der künftigen politisch entscheidenden Teile der Funktionseleiten. Die Entscheidung für eine neoliberale Wirtschaftspolitik, verbunden mit

einer radikalen antisozialistischen und antikomunistischen Ausrichtung der ODS, bedeutete den weitgehenden Ausschluß von Anhängern der 68er Reformen aus dem Elitenreservoir, gleichgültig ob sie Dissidenten im Inland waren oder dem Exil angehörten. Ebenso, wenn auch in einem etwas kleineren Ausmaß, hatte der Zerfall des Bürgerforums und die Durchsetzung einer pragmatischen Parteipolitik einen Rückzug bzw. ein Hinausdrängen vieler ehemaliger Charta-Aktivisten aus dem politischen Leben zur Folge, deren moralisches Gewicht ohne eine politische Hausmacht in der politischen Konkurrenz keinen Bestand mehr hatte. Dieser Trend bedeutete allerdings nicht den Ausschluß aller Vertreter der Dissidentenkreise aus politischen bzw. aus anderen leitenden Positionen, wie es häufig beklagt wird. Er zeigt lediglich das Ergebnis des Wettstreits um die Definitionsmacht an, der in diesen beiden Konflikten ausgetragen wurde. Wenn auch heute einige der prominenten Positionen von ehemaligen Chartamitgliedern besetzt sind (Václav Havel, Jan Ruml, Václav Benda, Milan Uhde, Petr Pithart, Pavel Bratinka), so ist ihr Einfluß – mit Ausnahme von Havel – auf die politische Willensbildung begrenzt. Václav Klaus und seinen Mitstreitern war es in einer entscheidenden Phase der Transformation offensichtlich gelungen, die Begriffe zu definieren und in ihrem Sinne positiv bzw. negativ zu besetzen, in welchen die Beschreibung des Transformationsprozesses und seiner Akteure in den Medien und der Öffentlichkeit mehrheitlich erfolgte.

Der Erfolg der politischen Pragmatiker muß im Kontext eines strukturellen Problems gesehen werden, dessen Lösung alle postsozialistischen Wendeeliten der ersten Stunde früher oder später bewältigen mußten: Nachdem sie durch ihren moralischen Anspruch zu Trägern der Wende geworden waren, mußten sie sich im Zuge der Zeit in eine problemlösende, fachlich kompetente Funktionseleite verwandeln¹⁶. Diesem Erfordernis der fortschreitenden Transformation entsprach die Klaussche Semantik besonders gut und harmonierte so mit der Erwartung der Öffentlichkeit. Ein für die Elitenbildung bedeutendes Merkmal Klausscher Situationsdefinition bestand in der Identifizierung der Sozialdemokratie mit Sozialismus und somit mit einer nicht mehr zeitgemäßen sozialen Ordnung. Dies trug zur Ausgrenzung der Opposition aus dem „Konsens der Demokraten“

14 Zu diesen Auseinandersetzungen vgl. Jakob Juchler, Osteuropa im Umbruch, Zürich 1994, S. 330; Kare Dahl Martinsen, Václav Klaus und die politische Stabilität in der Tschechischen Republik, in: Osteuropa, 44 (1994) 11; Hans-Joachim Hoppe, Václav Klaus – Ministerpräsident der Tschechischen Republik, in: Osteuropa, 43 (1993) 11.

15 Vgl. Zdenka Mansfeldová, Political Parties in the Czech Republic in the Process of Social and Political Changes, Institute of Sociology, Academy of Sciences, Prague 1996.

16 Vgl. dazu Ilja Srubar, Variants of the Transformation process in Central Europe. A Comparative Assessment, in: Zeitschrift für Soziologie, 23 (1994) 3.

bei und hat somit ihren Repräsentanten den Zugang zum Elitenreservoir erschwert¹⁷.

Wenn auch die oben genannten Prozesse die Ausdifferenzierung und die Rekrutierung der Elitenteile wesentlich beeinflussten, so stellen sie nicht die einzigen Selektionsmechanismen dar, die für die Zusammensetzung der gegenwärtigen tschechischen Eliten ausschlaggebend sind. Der im ursprünglichen Bürgerforum versammelte personale Kern der Wendeeliten konnte selbstverständlich nicht ausreichen, um die Positionen innerhalb der Funktionseliten zu besetzen. Im Bereich der Justiz, der Staatsverwaltung, der Armee und der Polizei war man daher auf die Personalbestände der alten Eliten bzw. der „grauen Zone“ angewiesen; darüber hinaus fielen durch die Privatisierung die Bereiche der Wirtschaft, der Medien und der Kultur aus dem direkten Entscheidungsfeld der Politik heraus und waren nur mittelbar durch politisches Handeln erreichbar.

Aus dieser Lage resultierte zuerst auch der Rekrutierungsmodus von Mitarbeiterstäben durch die Akteure der Wendeeliten, die in wichtige Positionen gelangten. Hier waren Vertrauen und Loyalität und somit soziale Bekanntschaft ein notwendiges Kriterium. Daher rekrutierten sich die Stäbe aus unmittelbaren sozialen bzw. beruflichen Netzwerken ihrer „Patrone“. Dementsprechend gelangten „Kulturschaffende“ im breiten Sinne aus dem Chartistenkreis in einflußreiche Positionen des Präsidentenstabes, des Sicherheitsbereichs¹⁸ und der Diplomatie. Andererseits bildeten die Václav Klaus bekannten Mitarbeiter der ehemaligen Staatsbank und die Teilnehmer der unter seiner Mitwirkung stattfindenden Wirtschaftsseminare den harten Kern des Finanz- und Wirtschaftsministeriums sowie der Privatisierungsbehörde. Das Resultat eines solchen Auswahlverfahrens, in dem persönliche Loyalität notwendigerweise die primäre Rolle spielt, sind Zufallseliten¹⁹ mit knap-

pem Personalbestand, die sich im tschechischen Fall im großen Maße aus den am Aufstieg bisher gehinderten Angehörigen der „grauen Zone“ bzw. aus den kommunistischen Kaderreserven des zweiten Gliedes rekrutierten.

Die Chancen dieser zweiten Gruppe, in Elitepositionen zu gelangen bzw. in solchen zu verbleiben, waren allerdings durch das sogenannte Lustrationsgesetz eingegrenzt, das im Oktober 1991 in Kraft trat. Es bestimmt, daß ehemalige Funktionäre der Kommunistischen Partei, von der Bezirksebene aufwärts, Mitarbeiter der Staatssicherheit sowie Funktionäre der Volksmilizen bis zum Jahr 2000 keine öffentlichen Ämter bzw. Positionen in der Staatsverwaltung und in den staatlichen Institutionen innehaben dürfen. Damit war im staatlichen Bereich der Zugang zu bzw. der Verbleib in wichtigen Positionen für die Mitglieder der „alten Elite“ in gewissem Maße eingeschränkt. Betroffen davon waren insbesondere die „Sicherheitsorgane“, die Staatsverwaltung und die Justiz²⁰. Das Lustrationsgesetz betraf allerdings nicht Personen, die in der Wirtschaft, in den Medien bzw. im Kulturbereich tätig sind. Damit erklärt sich, daß der Anteil ehemaliger Kommunisten innerhalb der Funktionseinheiten in der Verwaltung und in der Politik niedriger ist als in anderen Elitensektionen²¹.

thal/Frank Bönker (Hrsg.), Transformation sozialistischer Gesellschaften. Am Ende des Anfangs, Leviathan, Sonderheft 15 (1995).

20 Der Justizbereich war besonders empfindlich betroffen, da die Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse sowie die sprunghaft steigende Kriminalität, einschließlich der wirtschaftlichen, einerseits eine enorm gestiegene Belastung der Gerichte verursachten, andererseits jedoch bis 1992 über 500 Richter gezwungen waren, ihre Ämter zu verlassen. Vgl. Vlasta Parkánová, Současný stav a budoucnost našeho soudnictví (Der gegenwärtige Zustand und die Zukunft unseres Gerichtswesens), in: Mladá Fronta Dnes vom 23. August 1997, S. 10.

21 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 37; L. Konvička (Anm. 17), S. 153. Insbesondere in der Wirtschaft läßt sich feststellen, wie sich der Modus der Privatisierung indirekt auf den Verbleib der Mitglieder der „alten“ Eliten auswirkt: Im Rahmen der „großen“ Privatisierung, d.h. der Privatisierung von Staatsbetrieben, wurde das bestehende Management der zu privatisierenden Betriebseinheiten angehalten, Privatisierungsprogramme zu entwerfen, die in einem Wettbewerbsverfahren von dazu eingesetzten Privatisierungskommissionen mit den Angeboten anderer Interessenten verglichen wurden. In zirka 53 Prozent der Fälle wurden die Vorschläge des Managements akzeptiert. Damit wurde die Entstehung einer „alt-neuen“ Wirtschaftselite an der Spitze der ehemals staatlichen Unternehmen begünstigt. Vgl. Josef Kotrba, Privatizační proces v České republice: Aktéři a vítězové (Der Privatisierungsprozeß in der Tschechischen Republik: Akteure und Sieger), in: Jan Švejnar u. a., Česká Republika a ekonomická transformace ve střední a východní Evropě (Die Tschechische Republik und die ökonomische Transformation in Mittel- und Osteuropa), Praha 1997.

17 Ein sicheres Indiz für diese Definitionsmacht ist die Wahrnehmung von Václav Klaus innerhalb der Eliten, deren Vertreter ihn bis zu der Wahl von 1996 mehrheitlich für den stärksten Mann im Staate gehalten haben, während Václav Havel sich mit der zweiten Stelle begnügen mußte. Vgl. Libor Konvička, Náznaky a postoje představitelůspolečenských elit v České a Slovenské Republice (Meinungen und Einstellungen der Repräsentanten der Elite in der Tschechischen und Slowakischen Republik), Praha 1997, S. 29.

18 So konnte sich etwa die kuriose, eigentlich sympathische, Situation ergeben, daß der Chef eines der Nachrichtendienste sich in seiner Freizeit als Mitorganisator von Filmfestivals betätigt. Vgl. Bericht, in: Lidové Noviny vom 23. August 1997, S. 2.

19 Zu diesem Typ der Elitenbildung in Transformationsprozessen siehe Attila Ágh, Die neuen politischen Eliten Mittelosteuropas, in: Hellmut Wollmann/Helmut Wiesen-

III. Zur Zusammensetzung der gegenwärtigen tschechischen Funktionselite

Welche Gestalt nimmt nun die gegenwärtige Elite an? Welche ihrer Sektionen wurden und inwiefern wurden sie von den skizzierten Selektionsprozessen betroffen? Wir wollen im folgenden anhand einiger Untersuchungen²² die Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite getrennt verfolgen und zuerst ihre Zusammensetzung betrachten, um später auf die politischen Einstellungen einzugehen.

Wenden wir uns zuerst der politischen Sektion zu. Vergleicht man die alte Nomenklatura-Elite mit der neuen Elite, so ergibt sich folgendes Bild: Das Durchschnittsalter der alten politischen Elite lag um einiges über dem der neuen. Geburtsgruppen, im Alter von unter 40 Jahren waren in der alten Elite nicht mehr vertreten, 88 Prozent waren älter als 45, 27 Prozent davon älter als 60 Jahre. In der letzten Altersgruppe befanden sich die Träger der Macht an der Spitze der Hierarchie des alten KP-Apparates. Nichtsdestoweniger hinterließ der nach 1975 in der Kommunistischen Partei einsetzende Verjüngungsprozeß auch in der alten Elite Spuren, indem insbesondere während der achtziger Jahre die 1940er Geburtsjahrgänge Einzug in höhere Parteipositionen hielten. Dadurch, daß die Führung des kommunistischen Apparates aus dem Elitenreservoir ausschied, Teile der jüngeren KP-Elite jedoch weiterhin in unterschiedlichen Sektionen der Funktionselite partizipieren, hat diese Entwicklung insgesamt zu der relativen Verjüngung der gegenwärtigen Funktionseliten in der Tschechischen Republik beigetragen. Der Anteil der ehemaligen Mitglieder der Kommunistischen Partei in der jetzigen politischen Elite liegt bei 35 Prozent, wobei ihr Anteil im Parlament (die KP ist mit 10 Prozent der Stimmen im Parlament vertre-

22 Ich beziehe mich hier auf die Untersuchungen von M. Tuček (Anm. 6), P. Matějů (Anm. 7) und L. Konvička (Anm. 17), die den Zeitraum von 1989 bis Februar 1996 abdecken. Die Daten ergaben sich aus Befragungen der Spitzenpositionsträger in politischen Parteien, Parlament, Regierung, Verwaltung und Justiz, Wirtschaft, Gewerkschaft, Medien, Kultur, Wissenschaft, Kirche und zum Teil auch in der Polizei und Armee. Aufgrund der kleinen Stichproben sind die Angaben bezüglich der politischen und der kulturellen Sektion der Elite statistisch nicht signifikant. Da die herangezogenen Untersuchungen, die mit unterschiedlichen Stichproben arbeiteten, jedoch zu recht ähnlichen Ergebnissen kommen, können die angeführten Angaben als in der Tendenz zutreffend angesehen werden.

ten) höher ist (37,9 Prozent) als der in der Regierung und im Staatsapparat (32,7 Prozent). Aufgrund der Altersstruktur der neuen politischen Elite müssen wir annehmen, daß es sich größtenteils um Personen handelt, die zwischen 1968 und 1989 Mitglieder der KP geworden sind²³.

Die gegenwärtige politische Elite ist erwartungsgemäß jünger als die alte. 47 Prozent ihrer Vertreter sind jünger als 45, 19 Prozent gar jünger als 35 Jahre. Am häufigsten (24 Prozent) sind jedoch die 39- bis 45jährigen vertreten. Es kann also angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der neuen politischen Akteure den „verhinderten“ 40er Geburtsjahrgängen der „grauen Zone“ angehört, daß aber auch der Personenkreis der jüngeren KP-Elite des zweiten Gliedes vertreten ist. Hingegen spiegelt sich im Fehlen der älteren Generation (lediglich 11 Prozent der neuen Elite sind älter als 55 Jahre) nicht nur das Ausscheiden der alten KP-Garde, sondern auch der weitgehende Ausschluß der 68er Opposition aus dem Reservoir der neuen Elite wider.

Deutlich unterscheiden sich die alte und die neue politische Elite Tschechiens auch hinsichtlich der sozialen Herkunft. Während die Mehrheit der Mitglieder der alten Eliten aus „proletarischen“ Familien stammt und in der Regel auch selbst im ersten Beruf eine manuelle bzw. wenig qualifizierte Tätigkeit ausübte²⁴, kommen die Vertreter der neuen politischen Elite bereits zu einem erheblichen Teil aus Familien, in denen der Vater einem Hoch- oder Fachhochschulberuf nachging bzw. eine leitende Funktion innehatte²⁵. Bedenkt man, daß die Mitgliedschaft in der KP häufig die Voraussetzung für das Erlangen solcher Positionen darstellte, so ist es nicht verwunderlich, daß etwa 39 Prozent dieser Väter Parteimitglieder waren²⁶. 80 Prozent der Angehörigen der neuen Elite begannen ihre Berufskarriere mit einem Hoch- bzw. Fachhochschulberuf. Sowohl die alte (94 Prozent mit Hochschulabschluß) als auch die neue Elite (83 Prozent) weist einen hohen Prozentsatz von Hochschulabschlüssen auf²⁷; Abschlüsse an

23 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 37; L. Konvička (Anm. 17, S. 153) kommt in seiner Untersuchung allerdings auf 25 Prozent im Bereich der Politik und 49 Prozent in der Staatsverwaltung.

24 Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 164.

25 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 37; M. Tuček (Anm. 6), S. 163.

26 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 38.

27 Allerdings erlangten die alten Nomenklaturamitglieder ihre Abschlüsse meistens (63 Prozent) im Rahmen der Erwachsenenbildung auf den Parteihochschulen bzw. in diversen verkürzten Studiengängen, während die Angehörigen der gegenwärtigen politischen Elite ihre Bildung im regulären Studium erwarben. Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 163.

Technischen und Ökonomischen Hochschulen überwiegen. Interessante Hinweise geben die Untersuchungen auch auf den Verbleib von Teilen der freigesetzten alten Elite. Fast ein Drittel ihrer Mitglieder im berufstätigen Alter wechselte als Unternehmer in die Wirtschaft²⁸.

Insgesamt läßt sich also sagen, daß die neue politische Elite dem generellen Trend zur Verjüngung der tschechischen Funktionselite folgt. Ihre Mitglieder entstammen Familien, deren Bildungspotential und berufliche Position weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt liegen²⁹. Die Eliteangehörigen sind zu 90 Prozent männlich. Mehrheitlich rekrutieren sie sich aus der vor 1989 am Aufstieg gehinderten, überwiegend technisch und ökonomisch gebildeten, nichtkommunistischen Bildungsschicht.

Ein abweichendes Bild ergibt sich bei Betrachtung der Wirtschaftselite. Zwar ist auch hier eine mäßige Verjüngung festzustellen, sie fällt aber nicht so deutlich aus wie im Falle der politischen Elite. Der überwiegende Teil der befragten Personen war zwischen 45 und 55 Jahren alt. Die entscheidende Differenz besteht darin, daß die Wirtschaftselite eine viel höhere Kontinuität in bezug auf die vor und nach 1989 besetzten Positionen aufweist. Der Anteil dieses „alt-neuen“ Elitesegments, das heißt jener Personen, die sowohl vor als auch nach 1989 Spitzenpositionen in der Wirtschaft innehatten bzw. -haben, liegt bei 40 Prozent³⁰, und es überrascht wenig, daß 85 Prozent dieser Personen in der Kommunistischen Partei organisiert waren. Aber auch innerhalb derjenigen Gruppe, die erst nach der Wende in Spitzenpositionen der Wirtschaft gelangte, sind die ehemaligen Parteimitglieder mit etwa 57 Prozent viel häufiger vertreten, als es bei der neuen politischen Elite der Fall war. Der überwiegende Teil (80 Prozent) der „Alt-Neuen“ stand bereits vor 1989 mehreren Abteilungen vor, und auch die Angehörigen der nach 1989 entstandenen Sektion der Wirtschaftselite hatten vor der Wende mehrheitlich (zirka 78 Prozent) leitende Positionen in der Wirtschaft inne³¹. Betrachtet man die Gruppe von Personen, die gegenwärtig als Betriebsdirektoren tätig sind, so waren 23 Prozent bereits vor 1989 in dieser Position, der größte Teil (etwa 50 Prozent) gehörte jedoch dem Kreis der stellvertreten-

den Direktoren an, also der Kaderreserve innerhalb der Nomenklatura³².

Diese Entwicklung sowie die Alterszusammensetzung der Wirtschaftselite nach 1989 legt den Schluß nahe, daß der im zweiten Glied stehende Personenkreis – bestehend aus jüngeren qualifizierten KP-Mitgliedern – die Chancen nutzte, sich gegen die zum Teil im Rahmen der „Normalisierung“ nach 1968 eingesetzten Betriebsleiter durchzusetzen. Insofern fände hier der bereits durch die Normalisierungsmaßnahmen in den siebziger und achtziger Jahren angeregte Konflikt zwischen jüngeren Technokraten und älteren Bürokraten seine Auflösung. Allerdings zwang die Restrukturierung der Wirtschaft die Eliten zu Mobilität. Die meisten, etwa 70 Prozent, haben ihre Position ein- bis zweimal gewechselt, so daß nicht automatisch angenommen werden kann, daß ihr Karriereaufstieg innerhalb desselben Betriebs erfolgte³³. Diese Mobilität führte jedoch nur einen sehr geringen Teil des neuen Managements über die Grenzen der vertrauten Branche hinaus.

Hinsichtlich Bildung und sozialer Herkunft unterscheidet sich die Wirtschaftselite kaum von der politischen. Sowohl Vertreter der „alt-neuen“ als auch der neuen Elite weisen mehrheitlich (85 Prozent) einen Hochschulabschluß überwiegend technischer Art auf und kommen aus Familien, in welchen Bildung und Berufsposition des Vaters weit über dem Durchschnitt liegen. Der Anteil der Väter, die KP-Mitglieder waren, ist hier allerdings mit zirka 45 Prozent etwas höher als im Falle der neuen politischen Elite³⁴. Auch hier kann man also von einer Reproduktion des kulturellen Kapitals – Bildung – sprechen, die allerdings auch verstärkt mit sozialem Kapital, über das die Elite durch die Zugehörigkeit zu Kadernetzwerken bzw. „Seilschaften“ verfügt, einhergeht. Die vor 1989 erworbenen Kompetenzen, der entsprechende Informationsvorsprung, die Zugehörigkeit zu sozialen Netzwerken sowie der Modus der Privatisierung³⁵ machten es möglich, daß ein erheblicher Teil der alten tschechischen Wirtschaftselite seine Positionen halten konnte, so daß wir hier von einer Eliten-Transformation sprechen können.

Im Gegensatz zum Bereich der Wirtschaft gehören der gegenwärtigen Kulturrelite Tschechiens in erheblichem Maße Funktionsträger aus der Zeit vor 1989 an. Nur etwa 30 Prozent der heute in hohen Positionen im Kulturbereich Täti-

28 Vgl. ebd., S. 164.

29 Zum Vergleich: Der Anteil der Hochschulabsolventen an der erwerbstätigen Bevölkerung liegt in der Tschechischen Republik etwa bei 11 Prozent. Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 39.

30 Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 156.

31 Vgl. ebd., S. 160.

32 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 34.

33 Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 160 ff.

34 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 36.

35 Vgl. die Aussagen in Anm. 21.

gen gehörten der alten Elite an³⁶. Dies erklärt sich in erster Linie aus dem Generationswechsel, denn über die Hälfte der Befragten der alten Elite befindet sich heute im Ruhestand. Darüber hinaus ist es insbesondere in den Medien, innerhalb der Kirche und zum Teil auch im Bereich der Wissenschaften zu einem spürbaren Personenwechsel gekommen. Damit einher geht eine generelle Verjüngung der Eliten, insbesondere im Bereich der Medien. Aufgestiegen sind nicht nur jene, die durch ihre Nichtmitgliedschaft in der KP vor 1989 am beruflichen Fortgang gehindert worden waren, sondern auch junge Menschen, denen vor allem die neu entstandene Medienlandschaft neue Möglichkeiten bot. Auch hier gilt, was für die bereits diskutierten Elitensektionen festgestellt wurde: Während die Mitglieder der alten Kulturkennerschaft durchgehend der Arbeiterschaft entstammten, rekrutieren sich die heutigen Inhaber der Spitzenpositionen im Kulturbereich aus der Bildungsschicht³⁷.

Hinter diesen allgemeinen Trends verbergen sich allerdings höchst unterschiedliche Chancenstrukturen, die – durch die institutionellen Rahmenbedingungen der Transformation bedingt – sowohl die Mobilität innerhalb der unterschiedlichen Elitensektionen als auch zwischen ihnen bedingen. Dies wird etwa an der divergierenden Entwicklung im Bereich der Akademie der Wissenschaften und im Hochschulbereich deutlich.

Die Akademie der Wissenschaften wurde einem harten Auswahl- und Austauschprozeß unterworfen. Der Bestand ihrer Mitarbeiter sank um 50 Prozent. Davon waren – wegen der ideologischen Belastung ihrer Mitarbeiter – vor allem geistes- und sozialwissenschaftliche Institute betroffen. Demgegenüber ist im Hochschulbereich nach 1989 die Anzahl der Hochschuldozenten um etwa 12 Prozent gestiegen. Doch auch dies bedeutete keine wesentliche Verjüngung der Wissenschaftselite. Zum einen hatte man gezögert, Mitarbeiter in den Vorruhestand zu schicken, zum anderen wurde jenen, die nach 1968 entlassen worden waren, wieder eine Position an den Hochschulen angeboten. Letzteres traf überwiegend für die geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute zu, in denen das kommunistische Regime besonders auf Linientreue geachtet hatte. Diese Institute waren folglich, ebenso wie die Institute der Akademie der Wissenschaften mit gleicher Fachausrichtung, besonders stark vom Personalwechsel betroffen.

36 Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 156.

37 Vgl. ebd., S. 166.

Trotz der relativ hohen Mobilität im Wissenschaftsbereich und besserer Aufstiegschancen ist die wissenschaftliche Karriere wegen des vergleichsweise niedrigen Gehaltsniveaus gegenwärtig nur für wenige junge Menschen attraktiv. In zehn nach 1989 untersuchten Akademieinstituten fand man lediglich 12,5 Prozent Mitarbeiter im Alter von unter 30 Jahren³⁸. Dies mag auch an der relativ geringen Erwartung liegen, die die wissenschaftliche Elite bezüglich der Verbesserung der materiellen Lage hegt, etwa im Gegensatz zu jener in den Medien. Während 18 Prozent der Befragten im Wissenschaftsbereich 1996 an eine Verbesserung ihres Lebensniveaus binnen des nächsten Jahres glaubten, waren es in den Medien immerhin 34 Prozent, die nur noch von den 41 Prozent in der Wirtschaftselite übertroffen wurden³⁹. Angesichts dieser Umstände suchen Teile der wissenschaftlichen Elite eine Kompensation einerseits in privatwirtschaftlicher Nebentätigkeit, andererseits in Versuchen, durch die Mitwirkung an der medialen Meinungsbildung politischen Einfluß zu gewinnen⁴⁰.

Der relativ hohe Anteil von ehemaligen Mitgliedern der Kommunistischen Partei in den Reihen der neuen tschechischen Funktionseliten darf uns nicht zu Fehlurteilen über ihre gegenwärtigen politischen Präferenzen verleiten. Wenn auch in keiner der untersuchten Elitensektionen der Prozentsatz der ehemaligen Kommunisten unter 30 Prozent liegt, womit er deutlich über dem Anteil der KP-Mitglieder an der erwachsenen Bevölkerung der Tschechischen Republik vor 1989 (etwa 17 Prozent) liegt, so ist dies keineswegs ein Indiz für eine etwaige Linksorientierung der tschechischen Elite. Zum Zeitpunkt der Untersuchung im Februar 1996, also noch vor der letzten Parlamentswahl, galten die Sympathien der Elite überwiegend den Parteien des rechten Flügels, das heißt der sich gegenwärtig an der Macht befindlichen Koalition⁴¹. Dabei wich die politische Orientierung der Elitenträger von den allgemeinen Wahlpräferenzen der Bürger signifikant ab⁴². Ver-

38 Vgl. Stanislav Provazník u. a., Transformation des Wissenschaftssystems in der Tschechischen Republik, in: Renate Mayntz/Uwe Schimank/Peter Weingart, Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme, Opladen 1995, S. 757 ff.

39 Vgl. L. Konvička (Anm. 17), S. 43.

40 Dieser akademische Meinungsjournalismus wurde, wenn auch mit wechselndem Erfolg, zur Stütze von so prestigeträchtigen Organen der tschechischen Presselandschaft wie Lidové Noviny.

41 Vgl. L. Konvička (Anm. 17), S. 16. Zu der Koalition zählen ODS, ODA und KDU-CSL (Christdemokraten).

42 Für die innere Ausdifferenzierung der politischen Optionen innerhalb der Elite sind insbesondere Unterschiede im

gleicht man die politischen Optionen der Eliten mit dem Ausgang der letzten Parlamentswahlen 1996, so wird ihre Rechtsorientierung besonders deutlich⁴³. 69 Prozent der Elite hätte für die Regierungskoalition (ODS, RDA, KPU-ČSL) votiert (Wahlergebnis insgesamt 49 Prozent) und nur 9 Prozent für die Sozialdemokratie (Wahlergebnis 26,4 Prozent)⁴⁴. Darin spiegelt sich die Tendenz innerhalb der Funktionseliten wider, sowohl in der sozialdemokratischen Opposition als auch in den Vertretern der Gewerkschaft Befürworter illiberaler, kollektivistischer Gesellschaftsmodelle bzw. korporatistischer Gruppeninteressen zu sehen, die den neoliberalen Weg der Transformation bedrohen. Wenn auch in der Gesamtentwicklung der politischen Orientierung innerhalb der Eliten eine leichte Verschiebung nach links zu verzeichnen ist⁴⁵, so steht diese doch in keinem Verhältnis zu der massiven Verlagerung der Wählerpräferenzen zugunsten der Sozialdemokratie⁴⁶.

Diese Ergebnisse spiegeln allerdings die seit Frühjahr 1997 spürbare Erschütterung der Position von ODS nicht wider, die sich auch in massiver Kritik an Klaus' Politik aus den eigenen Reihen artikuliert und die nicht nur zu seinem Sturz als Premierminister Ende November 1997 führte, son-

politischen Profil von ODS und ODA von Bedeutung. Beide Gruppierungen teilen das Bekenntnis zur liberalen Marktwirtschaft, zur Minimalisierung der Staatssphäre sowie, selbstverständlich, zum politischen Pluralismus. Klaus' ODS plädiert jedoch für eine „etatistische“ neoliberale Gesellschaftsicht, in der die soziale Ordnung durch die Kräfte der Marktwirtschaft sowie durch minimale und klar definierte Beziehungen zwischen den Individuen und der Regierung bestimmt wird, ohne vermittelnde Zwischenstufen intermediärer Organisationen, die sich als korporative, in dieser Sicht also als illiberale Pressure-groups betätigen könnten. Die ODA dagegen, die aus einer Untergruppierung der Charta 77 hervorging, betont das soziale Ordnungsprinzip der sich durch Bürgerzusammenschlüsse organisierenden „Civil Society“, mit einer Vielfalt von regionalen und lokalen Bürgervereinigungen und Initiativen. Das ökonomistisch-technokratische Prinzip der ODS wird hier also mit der Tradition bürgerlicher Solidarität aus dem Repertoire der Chartisten kontrastiert. Durch diese liberale Variante, die nicht nur das ökonomische, sondern auch das politische liberale Gedankengut vertritt, fühlen sich vor allem die Intellektuellen innerhalb der Eliten angesprochen. Der hohe Bildungsgrad der Elitenmitglieder erklärt so ihre relativ hohe Präferenz für die ODA, für die sie sich 18 Prozent der Befragten innerhalb der Eliten aussprachen, während sie in den Wahlen 1996 insgesamt lediglich 6,4 Prozent der Stimmen erreichte.

43 Vgl. L. Konvička (Anm. 17), S. 17 ff.

44 Vgl. ebd., S. 14.

45 Vgl. ebd., S. 15.

46 Diese Verlagerung läßt sich an den Ergebnissen, die die Sozialdemokratische Partei in den bisher stattgefundenen Wahlen verzeichnete, leicht ablesen: 1992 – 5 Prozent, 1996 – 26,4 Prozent, Befragung im September 1997 – 29,4 Prozent. In der gleichen Befragung erreichte die ODS 21,7 Prozent. Vgl. Lidové Noviny vom 15. September 1997, S. 2.

dern im Zerfall der Partei im Januar 1998 gipfelte⁴⁷. Sie lassen jedoch – auch angesichts der gegenwärtig einsetzenden Neugruppierung der politischen Elite – die Annahme zu, daß sich die politischen Präferenzen der Elite nach wie vor von jenen der gesamten Wählerschaft unterscheiden und dieser Entwicklung nur in geringem Maße und mit Verzögerung folgen. Die Distanz zwischen der Elite und der Wählerschaft wird auch im Verhältnis zwischen den Parteien und ihrer Wählerbasis sichtbar. Keine der politischen Parteien kann bisher über eine „traditionelle“ Wählerschaft, deren Interesse sie aufnehmen und vertreten würde, verfügen⁴⁸. Die meisten Parteien kristallisierten sich aus unterschiedlichen Sektionen der Wendeeliten heraus, und ihre Politik wird durch die Interaktion zwischen Parteiführung, Parteiexecutive und der Parlamentsfraktion bestimmt. Der Einfluß der Basisorganisationen ist in der Regel gering. Es läßt sich hier also eine Tendenz zur Selbstbezogenheit der politischen Elite und zu ihrer Schließung gegenüber der Öffentlichkeit beobachten. Kritiker sehen darin eine Gefahr der Erneuerung der öffentlichen Wahrnehmung der politischen Klasse in der Perspektive von „wir“ – „sie“, wie sie für das kommunistische Regime prägend war⁴⁹.

Das Bild der politischen Landschaft nach dem Sturz von Václav Klaus und seiner Regierung scheint die oben gegebene Einschätzung zu bestätigen. Der Kristallisierungsprozeß innerhalb der politischen Elite setzt sich fort. Die Konflikte innerhalb der ODS und ODA führten zu ihrer Zersplitterung: Unter der Führung der abtrünnigen ehemaligen ODS-Minister, Jan Ruml und Ivan Pilip, entstand eine „Freiheitsunion“, während sich von der ODA die „Partei des Konservativen Vertrags“, angeführt von Ivan Mašek, abspaltete. Eine weitere Fraktion – genannt „Die rechte Alternative“ – bildete sich unter dem ehemaligen ODS-Minister Jindřich Vodička. Während die

47 Einer der ersten Kritiker war der stellvertretende Vorsitzende der ODS, Miroslav Macek, der einen Vertrauensschwund in der ODS feststellt und diesen auf Klaus' autokratischen, Probleme vernebelnden Regierungsstil zurückführt. Vgl. Bericht in: Lidové Noviny vom 11. Oktober 1997, S. 2. Daß Macek inzwischen zu den loyalen Gefolgsleuten von Klaus gehört, während die ehemaligen ODS-Minister des Inneren und der Finanzen, Jan Ruml und Ivan Pilip, die innerparteiliche Opposition anführen, zeigt die eruptive Dynamik des Machtkampfs innerhalb der ODS an.

48 Vgl. dazu Petr Kopecký/Pavel Hubáček/Petr Plecítý, *Politické strany v českém Parlamentu (1992–1996)*, organizace, chování a vliv (Politische Parteien im tschechischen Parlament (1992–1996): Organisation, Verhalten und Einfluß, in: *Sociologicky časopis*, 32 (1996) 4.

49 Vgl. Interview mit Miroslav Macek, in: Lidové Noviny vom 11. Oktober 1997, S. 2.

„Rest-ODS“ um Klaus offenbar isoliert dasteht, entwickeln die neu entstandenen Gruppierungen – die wahrscheinlichen Neuwahlen im Sommer vor Augen – ein unübersichtliches Geflecht von Koalitionsverhandlungen. Die Erschütterung der politischen Landschaft erreichte jedoch nicht nur die Parteien der Regierungskoalition. Von der Sozialdemokratischen Partei trennte sich, geleitet von Jozef Wagner, eine „Partei der demokratischen Mitte“ ab, und einige Basisorganisationen der rechtsextremen „Republikaner“ vereinigten sich in einem „Nationalen Block“⁵⁰. Eine Aufspaltung der Mitgliedschaft ihrer Basisorganisationen mußte auch die ODS hinnehmen, deren Anhänger zum Teil zu den konservativ-liberalen Neugründungen abwandern. Statt der ODS und ODA konkurrieren nunmehr fünf Gruppierungen um die Gunst der „rechts“-geneigten Wähler und müssen – mit Ausnahme der Alt-ODS-Fraktion – ihre Wählerschaft erst suchen. Wenn auch die Sozialdemokratie als Gewinnerin dieser Entwicklung anzusehen ist, deren konservatives Gegengewicht verschwand und deren Wählerpotential ständig zunimmt, bedeutet der Wandel der politischen Landschaft keine signifikante Verschiebung der Präferenzen der politischen Elite nach links. Im Gegenteil: Gekämpft wird um die Positionen in der Mitte und weiter rechts von der ČSSD, wie allein schon die Bezeichnungen der neuen Parteien signalisieren.

Die Gründe für die Neugruppierung der politischen Elite hängen offensichtlich mit der Art und Weise zusammen, in der die Privatisierung unter der Ägide der ODS durchgeführt wurde. Mit dem Fortschreiten des Privatisierungsprozesses wurde deutlich, daß eine Reihe der neuen Eigentümer ihre auf Kredit erworbenen und nie bezahlten Firmen bzw. Firmenanteile zu Geld machten, das auf Konten im Ausland landete⁵¹. Die Entdeckung nachweislich falsch deklarerter Spenden, die auf das Konto der ODS von durch die Privatisierung begünstigten Unternehmern eingezahlt wurden⁵², ließ bestehende Vermutungen über die Verstrickung der Regierungspartei in Beziehungen zu Privatisierungsgewinnern als begründet erscheinen und setzte eine Distanzierungsbewegung sowohl innerhalb der Elite als auch in der Wählerschaft in Gang⁵³. Vor diesem Hintergrund wurde der zwi-

schen Havel und Klaus stets latent vorhandene Konkurrenzkampf um die Definitionsmacht bezüglich der Transformation, in dem der Klausche marktorientierte Pragmatismus die Oberhand zu gewinnen schien, erneut eröffnet. Unter Betonung moralischer, legaler und sozialer Kriterien kristisierte Václav Havel öffentlich in einer Ansprache vor dem Parlament und Senat die Politik des scheidenden Premiers⁵⁴. Die Verstrickungen der ODS erscheinen im öffentlichen Diskurs als die Folge des sozial kalten und moralisch indifferenten Marktliberalismus Klauscher Provenienz. Dementsprechend betonen auch die neuen konservativ-liberalen Gruppierungen die Notwendigkeit sozialer Verantwortung und legaler Kontrolle des Transformationsprozesses.

Faßt man diese Ereignisse als Symptome für den Zustand der politischen Elite auf, so springt folgendes ins Auge: Die im Verlauf der Privatisierung wirkenden Patronagenetzwerke blieben offensichtlich nicht auf die „altneue“ Wirtschaftselite beschränkt, sondern kennzeichnen auch die Beziehungen zwischen ihrem neuen Segment und Teilen der Regierungsparteien. Die delegitimierende Wirkung dieses offenbar gewordenen Tatbestands zwingt die einzelnen Fraktionen der amtierenden politischen Elite dazu, eine neue konservative Plattform zu suchen. Die Zersplitterung der Parteien steigert zugleich den Bedarf nach politischem „Nachwuchs“ und könnte so tendenziell zur Erweiterung des gegenwärtigen Elitenreservoirs führen.

IV. Ausblick

Welches Gesamtbild ergibt sich aus dem Gesagten? Die Daten zeigen, daß mit dem Eliten- auch ein Generationswandel einherging. Die (nicht nur an Jahren) alte, vorwiegend aus der Arbeiterschaft

Klaus (16,6 Prozent) die Schuld an der „Krise“. Vgl. Lidové Noviny vom 3. Dezember 1997, S. 1.

54 Havel sagte unter anderem: „Das erklärte Ideal von Erfolg und Gewinn wurde lächerlich gemacht, weil wir es zuließen, daß ein Zustand eintrat, in dem die größten Erfolge jene haben, die am meisten gegen die Moral verstoßen, und der größte Gewinn von nichtbelangbaren Dieben eingestrichen wird. Hinter dem Liberalismus ohne Adjektive, dem so manches als verbrecherisch linksgerichtet galt, verbarg sich paradoxerweise die marxistische Lehrformel von Basis und Überbau: Moral, Anstand, Demut, Rücksicht auf jene, die nach uns kommen, Achtung vor dem Recht und der Kultur zwischenmenschlicher Beziehungen – dies alles wurde . . . in die verachtete Sphäre des Überbaus verfrachtet.“ Lidové Noviny vom 10. Dezember 1997, S. 11 (Übersetzung I. S.).

50 Vgl. Lidové Noviny vom 15. Januar 1998, S. 3.

51 Vgl. Lidové Noviny vom 3. Dezember 1997, S. 1, und vom 10. Dezember 1997, S. 15.

52 Vgl. Lidové Noviny vom 25. und 26. November 1997, S. 1.

53 Nach einer Umfrage gaben Anfang Dezember 1997 90 Prozent der Befragten der Regierungskoalition, insbesondere der ODS (36,7 Prozent), der Regierung (23 Prozent) und

aufgestiegene Elite der Nomenklatura wurde von Vertretern der mittleren Generation, von den 40- bis 50jährigen, abgelöst. Diese stammen überdurchschnittlich häufig aus Familien mit hohem Bildungsniveau und haben ihre Karriere mit entsprechenden Qualifikationen begonnen. Die neue tschechische Elite hat sich vor allem aus zwei der eingangs vorgestellten Gruppierungen rekrutiert, die durch die Entwicklung nach 1968 entstanden waren und sich strukturell als ein Reservoir für den Elitenwandel anboten: Es waren erstens die Angehörigen der „grauen Zone“, für die der Systemwandel jene Chancen eröffnete, die sie unter „normalen“ Bedingungen gehabt hätten. Bei der zweiten Gruppe etwa gleichen Alters handelt es sich um die wenig kompromittierten Reservekader der Nomenklatura, also um fachlich qualifizierte Parteimitglieder, die infolge des mit dem Systemwechsel verbundenen Rücktritts der alten Elite Aufstiegschancen erhielten.

Die Dissidentenkreise und die Charta 77 spielten zweifelsohne eine wichtige Rolle bei der Wende und in dem sich anschließenden Prozeß der Transformation des politischen Systems, insbesondere in den ersten Jahren nach 1989. Wir finden ihre Vertreter in einigen prominenten Positionen innerhalb der politischen und der kulturellen Eliten, aber ihr Anteil ist insgesamt eher gering. In der Wirtschaftselite sind sie, ebenso wie die Exponenten des Prager Frühlings und des „Dritten Weges“, so gut wie gar nicht vertreten. Als Elitenreservoir ist auch, mit geringen Ausnahmen im diplomatischen Dienst und in der Kulturelite (so etwa der ehemalige Botschafter in der Bundesrepublik und Kultusminister a. D., Jiří Gruša), der Personenkreis der Emigranten bedeutungslos geblieben. Politisch ist die gegenwärtige Elite mehrheitlich dem rechten Flügel der Parteienlandschaft zuzurechnen.

Angesichts ihrer überwiegend technisch-ökonomischen Ausbildung und mehrheitlich laizistischen Orientierung⁵⁵ kann man sagen, daß innerhalb der neuen tschechischen Eliten eine technokratisch-pragmatische, materielle Innenorientierung vorherrscht.

Wie war der Wandel nun beschaffen, durch den die neuen Eliten an die Macht kamen? Haben wir es mit einem echten Elitenwechsel zu tun oder

lediglich mit einer Transformation bereits bestehender Elitenteile? Die Betrachtung der drei Elitesektionen in Politik, Wirtschaft und Kultur hat gezeigt, daß wir kaum von einem einheitlichen Prozeß sprechen können. Nimmt man die frühere Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei als Indikator⁵⁶, so ist die Kontinuität in der politischen Elite relativ schwach, und es kann von einem Wechsel in der Elitenzusammensetzung ausgegangen werden. Ähnlich ist die Situation im Bereich der Kulturelite. Im Gegensatz dazu ist von einer recht hohen Kontinuität der Elite im Wirtschaftsbereich auszugehen. Wir können also von einem Elitenwechsel innerhalb der ersten zwei Subeliten sprechen, während die Wirtschaftselite eher einen Transformationsprozeß durchlaufen hat, in dem sie sich reproduzierte. Die Ergebnisse der Umfrage zur politischen Orientierung von Eliten zeigen uns jedoch, daß aus dieser Tatsache kaum auf die politischen Präferenzen der Wirtschaftselite geschlossen werden kann. Sie weist zwar den höchsten Anteil ehemaliger Nomenklaturmitglieder auf, diese gehören jedoch zu den entschiedensten Unterstützern der neoliberalen Wirtschaftspolitik von Václav Klaus.

Mit der Feststellung des unterschiedlichen Verlaufs des Wandels innerhalb der Elitesektionen ist jedoch die Frage nach der Art des Elitenwandels noch nicht ausreichend beantwortet. Es gilt zu prüfen, ob sich durch den Elitenwandel Aufstiegschancen für soziale Schichten eröffneten, denen zuvor der Zugang zur Eliteposition verschlossen war, das heißt, ob ein wirklicher Fall von Elitenzirkulation vorliegt. So betrachtet, läßt sich eine echte Elitenzirkulation am ehesten im Falle der aus der Arbeiterschaft aufgestiegenen kommunistischen Elite nach 1948 ausmachen, während die gegenwärtigen Eliten bereits der Bildungsschicht entstammen, die strukturell zum Elitenreservoir industrieller Gesellschaften gehört. Wenn auch innerhalb dieser Schicht politische Selektionsmechanismen wirkten, kann man von einem schichtbezogenen Wandel der Elite nach 1989 wohl nicht sprechen⁵⁷.

Ungeachtet dieses eindeutigen Befunds darf man die heterogene Zusammensetzung der Bildungsschicht sowie die unterschiedliche Herkunft der Angehörigen dieser Schicht nicht aus den Augen

55 Zum Vergleich: Etwa 53 Prozent der Mitglieder des ungarischen Parlaments haben einen Hochschulabschluß in Geistes- und Sozialwissenschaften. Lediglich 32 Prozent der Befragten der tschechischen Eliten bezeichneten sich als gläubig im Gegensatz zu etwa 47 Prozent der Elitenmitglieder in der Slowakei. Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 37, sowie L. Konvička (Anm. 17), S. 22 und S. 85.

56 Dieser Indikator ist natürlich nicht ganz eindeutig, da er nicht besagt, wann die jeweilige Person Mitglied war. Damit fallen etwa nach 1968 ausgestoßene Reformkommunisten mit jungen, nach 1971 aufgenommenen Karrieristen in eine Kategorie, innerhalb welcher zwischen Opposition und Konformität nicht unterschieden wird.

57 Vgl. P. Matějů (Anm. 7), S. 25.

verlieren, die für die Auswahl der Funktionseliten verantwortlich war. Betrachtet man den Elitenwandel unter diesem Aspekt, so lassen sich Anzeichen finden, die für eine partielle Elitenzirkulation sprechen. Etwa 33 Prozent der Elitenangehörigen berichten, daß sich in der Vergangenheit im Familienbesitz eine Privatfirma befand⁵⁸. Dies würde für eine bürgerliche Herkunft sprechen – ein negatives Selektionsmerkmal in bezug auf die Besetzung von Spitzenpositionen im realen Sozialismus. Selbstverständlich konnte ein bürgerlicher Vater KP-Mitglied geworden sein. Dies war sicher auch der Werdegang vieler kommunistischer Intellektueller der Zwischenkriegszeit. Man kann aber auch die genannte Prozentzahl als ein Indiz für eine teilweise Erneuerung der Funktionselite aus den ehemaligen bürgerlichen Milieus der Bildungsschicht werten. In die gleiche Richtung weist die Angabe, daß etwa 20 Prozent der Väter der Vertreter der politischen Eliten, die der regierenden Koalition zuzurechnen sind, in einer der bürgerlichen Parteien der Vorkriegszeit organisiert waren⁵⁹.

In dieser mehrere Generationen umfassenden Perspektive ergeben sich also Hinweise, die die Annahme einer partiellen Elitenzirkulation über mehrere Generationen hinweg zulassen. Es gibt allerdings auch Fälle der Zirkulation, die eindeutiger liegen, die allerdings nur marginal das Bild der neuen tschechischen Eliten prägen. Hierher gehört vor allem die Erneuerung der kirchlichen Institutionen und ihres Personals sowie die Rehabilitierung von Teilen des Adels. Wie sich bereits am durchweg laizistischen Charakter der Eliten absehen läßt, spielen Kirchenmänner innerhalb der Funktionselite keine prägende Rolle. Es ließe sich wohl die Überlegung anstellen, inwiefern die Kirche und der Adel angesichts der Restitution ihres vormals verstaatlichten Eigentums nunmehr innerhalb der ökonomischen Eliten von Bedeutung sind. Wenn auch die Rückgabe von Ländereien an den Adel in einigen Fällen von beträchtlichem Ausmaß war, ist der Anteil dieser Kreise an der neuen ökonomischen Elite ebenfalls gering.

Ein abschließendes Urteil über den Charakter des Wandlungsprozesses der tschechischen Eliten ist anhand der verfügbaren Daten nicht möglich, vor allem deshalb nicht, weil der sich gegenwärtig abzeichnende Aufstieg der Sozialdemokratie (ČSSD) sowie die Zersplitterung des konservativ-

liberalen Lagers einen weiteren Schub im Elitenwandel bewirken könnte. Die Vermehrung konservativ-liberaler Parteien wird Chancen für „neue Gesichter“ bieten. In der Führung der ČSSD sind vermehrt jene Kreise vertreten, die in der bisher an der Macht befindlichen politischen Elite eher unterrepräsentiert waren: aus der KP ausgeschlossene Reformkommunisten, von denen einige der Charta 77 angehörten, Regimegegner aus dem Exil, Mitbegründer des Bürgerforums, aber auch ehemalige KP-Mitglieder aus der Zeit der „Normalisierung“⁶⁰. Darüber hinaus ist die Sozialdemokratische Partei dabei, ihr Potential durch verstärkte Rekrutierung in den Basisorganisationen zu verstärken⁶¹. Dadurch könnte sich der Zugang zu Elitepositionen auch für bisher nicht beteiligte Gruppen (Gewerkschaften etc.) verbessern, wenngleich nicht anzunehmen ist, daß sich die soziale Herkunft der Elite wesentlich ändern würde.

Welche strukturellen Folgerungen lassen sich aus der dargestellten Entwicklung der tschechischen Elite ziehen? *Erstens* setzt der Elitenwandel nach 1989 wohl in verstärktem Maße die Tendenz zur schichtbezogenen sozialen Schließung des Elitenreservoirs fort, die bereits in den siebziger Jahren einsetzte. *Zweitens* hat die Transformation der Teile der ehemaligen Nomenklatura in die neue Wirtschaftselite offensichtlich diesen Personenkreis an das neue Regime gebunden. Auch darüber hinaus wirkt sich die während der realsozialistischen Phase bestehende Bindung von Aufstiegschancen an die Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei auf die Zusammensetzung der tschechischen Elite aus⁶², ohne daß sie jedoch gegenwärtig Auswirkungen auf ihre politische Orientierung hätte. *Drittens* läßt sich eine Diskrepanz zwischen der Rechtsorientierung der Eliten und der deutlichen Verschiebung der politischen Präferenzen der Bevölkerung in Richtung Sozialdemokratie beobachten, aus der eine problemträchtige Lage für die weitere politische Entwicklung des Landes resultieren könnte.

60 Vgl. Kurzbiographien der ČSSD-Führung, in: Lidové Noviny vom 29. September 1997, S. 4.

61 Vgl. Bericht in: Lidové Noviny vom 6. Oktober 1997, S. 2.

62 Die Mitglieder der Kommunistischen Partei machten etwa 16 bis 18 Prozent der erwachsenen Bevölkerung der Tschechoslowakei bzw. Tschechischen Republik aus. Wenn auch die Angaben über den Anteil der ehemaligen Mitglieder der Kommunistischen Partei innerhalb der neuen Elite variieren (für die politische Sektion um die 35 Prozent, für die kulturelle Sektion zwischen 25 bis 35 Prozent und für die Wirtschaft zwischen 43 bis 70 Prozent), so liegen diese Prozentsätze deutlich über dem Anteil der früheren KP-Mitglieder in der Bevölkerung.

58 Vgl. ebd., S. 35.

59 Vgl. M. Tuček (Anm. 6), S. 164.

Die nächste Wahl könnte mit der Sozialdemokratie eine Partei an die Macht bringen, die innerhalb großer Teile der gegenwärtigen Funktionselite kaum Anhang findet und die daher von dem innerhalb dieser Elite in der Nachwendezeit entstandenen

Know-how sehr wenig profitieren konnte. Die Ausgrenzung der sozialdemokratischen Opposition aus der politischen Salonfähigkeit, für die wir innerhalb der neuen Funktionselite deutliche Anzeichen fanden, würde dann bittere Früchte tragen.

Rußland – Land der Extreme

I. Vorbemerkungen

Der Prozeß der Transformation vollzieht sich in Rußland ungeheuer dynamisch. Dimension und Intensität der Veränderungen sind durch Instabilität, wechselnde Krisensituationen und sich verschärfende Widersprüche innerhalb sozialer Gruppen und politischer Kräfte gekennzeichnet. Zwei sich wechselseitig beeinflussende Prozesse bestimmen den Übergang: erstens die Auflösung des alten (kommunistischen) Gesellschaftssystems durch Demontage seiner Institutionen und Organisationsstrukturen; zweitens die Modernisierung der Gesellschaft, die Installierung marktwirtschaftlicher Mechanismen und der Aufbau neuer Institutionen¹.

Werte und Ordnungsstrukturen zerfallen, der schnelle, komplexe und äußerst widersprüchliche Wandel erzeugt Unsicherheit und Not. Früher war der Staat zwar fest in der Hand der kommunistischen Herrschaftselite (Nomenklatura), aber trotz aller Mängel herrschte (diktatorische) Ordnung, und soziale Sicherheit war auf niedrigem Niveau gegeben.

II. Staat und Politik

In der Duma – dem russischen Parlament – dominieren Parteien, die eine Demokratisierung Rußlands nicht wollen. Präsident Boris Jelzin kann gegen sie regieren, seine Erlasse und Dekrete haben mehr Gewicht als Gesetze. Die regionalen Besonderheiten in dem Riesenland mit ausgeprägten klimatischen, ethnischen, wirtschaftlichen und sozialen Unterschieden haben sich weiter ausdifferenziert: Die Höchst- bzw. Niedrigstwerte der Industrieproduktion, der Durchschnittslöhne, Arbeitslosen oder Lebenshaltungskosten weisen ein Gefälle von bis zu 1 000 Prozent auf. Die politischen Sympathien der regionalen Eliten, die Inten-

sität ihrer Kontakte zu und ihre Abhängigkeit von Moskau, der Stand der Reformen in Verwaltung und Wirtschaft differieren ebenfalls. Übereinkünfte über die Zusammenarbeit mit den Regionen werden mangels Gesetzen durch Verträge getroffen. Es besteht keine Gleichheit zwischen Föderation und Föderationssubjekten – den Republiken, autonomen Gebieten und Städten².

Durch die Gouverneurswahlen 1996/97 in 50 Regionen wurden die neuen Eliten auf regionaler und örtlicher Ebene legitimiert. Die Beziehungen zwischen zentralen und regionalen Machtorganen sind vielschichtiger geworden. Regionale Eliten, besonders gewählte, müssen ihre Region glaubwürdig vertreten, für ihre Selbständigkeit eintreten. Manche Gouverneure versuchen, die finanzielle Abhängigkeit von Moskau abzubauen und eine eigenständige Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Bisher hat die Zentralmacht Versuche der 89 territorialen Verwaltungseinheiten (Republiken, autonome Gebiete und Städte), Teile der Gesetzgebung an sich zu ziehen oder mehr vom Steuerkuchen zu bekommen, weitgehend verhindert, sie will jetzt sogar die Kontrolle über die Gouverneure verstärken, die Vertreter des Präsidenten mit größeren Vollmachten ausstatten³.

Das Verhältnis zwischen föderalen und regionalen Machtorganen wird von gegenseitigem Druck und abgerungenen Zugeständnissen bestimmt. Eine Balance zwischen sachlich notwendiger regionaler Selbständigkeit und föderalem Zusammenhalt ist nicht in Sicht.

Nationalisten wie Kommunisten würden die Autonomie am liebsten ganz zurücknehmen. Schirinowskij's Rechtsextreme haben angekündigt, die „verlorenen“ Republiken wieder einzugliedern; sie versprochen billigen Wodka, billige Wohnungen sowie ein Rußland in den Grenzen von 1975. Eine Vielzahl von Verträgen zwischen Föderation und Föderationssubjekten schmälert die Zuständigkeit föderativer Gesetzgebung und verlagert Kompetenzen auf die Exekutive. Je schwächer die Duma ist, desto mehr Verträge grenzen zentrale von

1 Vgl. N. Slepzow/L. Rewenko, Die Perestroika-Generation. Jugendliche in Rußland, Internationale Texte Bd. 3, München 1993, 5 f.

2 Vgl. Galina Tschinarichina, Föderalismus im Spannungsfeld neuer Reformen, in: Wostok, Informationen aus dem Osten für den Westen, (1997) 5, S. 23 ff.

3 Vgl. ebd., S. 21–24.

regionalen Verwaltungsebenen ab, regeln die Beziehungen zwischen föderativen und regionalen Eliten. Die russische Verfassung erlaubt es, Föderationssubjekte gegeneinander auszuspielen und regionale Eliten an Moskau zu binden.

Unausgereifte Gesetze erzwingen häufige Änderungen. Der Präsident verstärkt die Rechtsunsicherheit, indem er Industriegiganten Steueraufschub gewährt oder die reiche Gas- und Ölindustrie mit Steuernachlässen bevorzugt. Eine dilettantische Steuerreform brachte undurchsichtige, häufig wechselnde Vorschriften, besteuerte Investitionen, als müßten Leistung und Risikofreude bestraft werden. Fünf verschiedene Behörden ziehen irrwitzige Steuern ein, weshalb Geschäftsleute auf illegale Praktiken ausweichen, Gewinne ins Ausland verschieben. Eine leistungsfeindliche, überbesetzte Bürokratie, ein Wirrwarr widersprüchlicher Gesetze und Erlasse sowie eine Wirtschaftspolitik im Zickzackkurs, wie wir sie heute in Rußland antreffen, sind für Reformen tödlich.

Die Demokratisierung hat kaum die Oberfläche des politischen Bewußtseins erreicht; schon wird ein bereits autoritäres Präsidialsystem angepeilt. Starke Gewerkschaften und Interessenverbände, das Recht als ein eigenständiger Wert sowie unabhängige Gerichte sind unerwünscht; auch die Medien werden von der Macht- und Geldelite gekauft oder geknebelt. Statt junge Menschen zu Selbständigkeit zu erziehen und ihnen Rechtsbewußtsein beizubringen, werden autoritäre Strukturen kultiviert, Hilfesuchende zu ohnmächtigen Bittstellern gemacht. Materielle Unterstützung erfolgt nicht in Form von Hilfe zur Selbsthilfe, und einklagbare Rechte einzelner sind in Rußland Neuland.

Ohne gründliche Erneuerung des Rechtswesens bleibt jede Reform bereits im Ansatz stecken, erst recht wenn – wie in Rußland – die Beamten unterbezahlt und vielfach korrupt sind. Die Justiz fungierte jahrzehntelang als verlängerter Arm der Partei; zwar haben inzwischen zaghafte Reformen stattgefunden, aber es entstand kein Vertrauen in die neuen Institutionen. Auch das Privateigentum, die Grundlage der Marktwirtschaft, wurde nur bruchstückhaft eingeführt.

III. Wirtschaft

An die Stelle der zusammengebrochenen staatlichen Planwirtschaft ist in Rußland keine marktwirtschaftliche Ordnung getreten, sondern ökonomisches Chaos: Der Rücksichtsloseste steigt auf und bereichert sich.

Jelzin konnte seine Wahlversprechen nicht einhalten. Die Staatskassen sind leer und die Not wächst. Wenn er nicht als der Präsident in die Geschichte eingehen will, der das Land ruiniert hat, muß er Reformen durchsetzen. Wohlstand ist auf die Zentren beschränkt, in denen ausländische Firmen, zahlreiche Banken, Immobilien- und Baufirmen ökonomische Dynamik vortäuschen, während die meisten Regionen des Landes von der Hand in den Mund leben. Die Betriebe sind hoch verschuldet. Sie entlohnen deshalb ihre Arbeiter nicht selten mit Produkten.

Die Preise stiegen uneinheitlich, im nordrussischen Archangelsk liegen sie um 5 bis 10 Prozent, in der gleichnamigen Region um 20 Prozent über dem Landesdurchschnitt. Hier war die Militärindustrie neben der Holzindustrie der wichtigste Industriezweig. Inzwischen beträgt die Arbeitslosigkeit in der Region 22 bis 25 Prozent. Die Berufsaussichten für Jugendliche sind katastrophal⁴.

Ein mittleres Unternehmertum gab es in der Sowjetunion nicht, positive Ansätze im heutigen Rußland wurden durch die Geld-, Steuer-, Zoll- und Wirtschaftspolitik zunichte gemacht. Die Hyperinflation von 1992/93, ungeklärte Eigentumsfragen und bürokratische Hemmnisse haben es schließlich in den Ruin getrieben.

Das Chaos, in dem sich die russische Wirtschaft heute befindet, wurde von der KPdSU-Führung und der neuen Herrschaftselite verursacht. Gewinner sind die ‚Neuen Russen‘, zwei Gruppen, die die Wirtschaft im Würgegriff haben: meist junge ‚Bisnismeni‘ (‚Geschäftsleute‘) und ehemalige in die kapitalistische Führungsriege gewechselte Parteikader. Viele Funktionäre schafften den Umstieg problemlos. Sie sicherten sich den Zugriff auf Staatskapital und -betriebe, Banken, Kolchosen und Immobilien und übernahmen die Pfründe der Partei.

Die ‚Bisnismeni‘ sprechen von Leistung und imitieren unbewußt die alten Sowjetfunktionäre; die jungen Angehörigen der staatlichen Elite unterscheiden sich nur in Nuancen von den früheren kommunistischen Funktionären. ‚Bisnismeni‘ und Wendefunktionäre sind mittels kapitalistischer Methoden und durch kriminelle Praktiken zu Reichtum gelangt. Aufgrund guter Kontakte zur Regierung erhalten sie Subventionen, günstige

⁴ Vgl. T. S. Butorinoi, National-regionale Komponente, PMPU, Archangelsk 1994, S. 4–12.

Kredite und Steuererlasse. Die Folge ist, daß unrentable Großbetriebe nicht reformiert und Konsequenzen für unfähige Direktoren verhindert werden. Das halbprivatisierte Finanzwesen ist ein Dschungel, in dem Millionen verschoben, Politiker gekauft sowie Wahlkampagnen finanziert werden.

Die neuen ‚Eliten‘ stecken ohne Skrupel Gewinne zwischen 300 und 700 Prozent ein. Das Risiko ist hoch: 50 bis 80 Prozent der Geldinstitute werden, so heißt es, von der Mafia kontrolliert. Die Banken sind besonders gefährdet, ein Viertel der Bankbelegschaften besteht aus Sicherheitsleuten, die Stäbe werden von ehemaligen KGB-Angehörigen geleitet. Korruption, ungerechtfertigte Privilegien, die Vergabe von Pfründen und dubioser Erwerb staatlicher Unternehmen förderten eine *parasitäre Elite*, die das neue Rußland ausplündert. Die Macht- und Geldelite übt Druck auf Gesetzgebung und Verwaltung aus, um Reformen zu verhindern, egal, ob die Wirtschaft ruiniert, die Intelligenz an den Existenzrand gedrängt wird oder die Armen noch ärmer werden. Wer dem Sumpf aus Bestechung, krimineller Aneignung und Nepotismus zu entkommen sucht oder gar versucht, den Filz zwischen Regierung und Kapital aufzudecken, Korruption und organisiertes Verbrechen auszuschalten, lebt in Rußland gefährlich⁵.

Jelzin unternimmt nichts, zu eng sind Politik und Finanzwelt verflochten, die neuen Eliten bestimmen die Regeln. Vier große Wachstumsbranchen soll es in Rußland geben: Filz, Korruption, Kriminalität und Alkoholismus.

Nationaler Hoffnungsträger ist die Öl- und Gasindustrie, die ein Drittel des Sozialprodukts erzeugt. Doch mafiose Manager zweigen vom staatseigenen Öl Teile ab und verkaufen sie im Westen, der Erlös geht auf Privatkonten⁶.

‚Neue Russen‘ fahren im teuren Mercedes vor und geben an einem Abend den Monatslohn eines Busfahrers aus. Am anderen Ende der Skala stehen Straßenkinder, bettelnde Alte und Invalide: Millionen Arme. Dem Staatskommunismus folgte in Rußland der Manchesterkapitalismus.

Für eine marktwirtschaftliche Ordnung fehlen in Rußland die rechtlichen Rahmenbedingungen. Nicht die Marktwirtschaft hat demnach die Ausbreitung von Kriminalität, Korruption und Ausbeutung verursacht, wie viele Menschen meinen, sondern das Fehlen des Rechtsstaates.

5 Vgl. Christian Schmidt-Häuer, Va Banque in Moskau, in: Die Zeit vom 24. Mai 1996, S. 9 f.

6 Vgl. ebd., S. 10.

‚Marktwirtschaft‘ ist in Rußland längst zum Synonym für ungerechtfertigte Bereicherung geworden; in der Parlamentswahl 1995 hat fast die Hälfte gegen Wirtschaftsreformen gestimmt. Nationale Demütigung, Verarmung ganzer Schichten und schwere wirtschaftspolitische Fehler haben Nationalisten und Kommunisten Zulauf beschert. Das Potential, das zu einem Wechsel bereit ist, wächst.

Gefährlich, weil unberechenbar, ist die Verflechtung der „Raubritterkapitalisten“ mit der Staatsverwaltung und dem organisierten Verbrechen. Das Wertesystem löst sich auf, die neue Elite ist kriminell unterwandert. Existenzangst, drückende Armut, Korruption und wachsende Kriminalität verlangen eine Radikalkur. Wie will man auch Millionen schuldlos Verarmten erklären, daß die Annäherung an südamerikanische Zustände keine Folge der Demokratie ist? Die Gier der neuen ‚Eliten‘ verhinderte den Weg in die soziale Marktwirtschaft.

Ein Spiegelbild der russischen Wirtschaft ist das Hotelwesen: Es wird kassiert und nichts geleistet. Hotels in der Provinz nehmen Preise, wie sie in weltberühmten Kurorten üblich sind, bieten einen Service wie im Sowjetsystem, haben Personal, das jeden Wettbewerb an Unfreundlichkeit und Unverschämtheit gewinnen würde, und die Sanitäreinrichtungen sind wie zu Lebzeiten Lenins.

IV. Sozialwesen

In der Sowjetzeit gab es soziale Einrichtungen auf staatlicher, kommunaler und betrieblicher Ebene. Heute sind diese – wie zum Beispiel Kindergärten, Krankenhäuser und Kantinen – oft nicht mehr finanzierbar und mußten deshalb teilweise geschlossen werden. Der Aufbau neuer Einrichtungen wurde vernachlässigt; statt private soziale Organisationen zu fördern, werden Spenden hoch besteuert; außerdem fehlt es an Fachleuten und Gesetzen.

Westeuropäische Hochschulen helfen dabei, die fehlenden Fachleute heranzubilden. 1991 wurde damit begonnen, an zirka 50 Hochschulen entsprechende Studiengänge einzurichten. Zum Beispiel hat der Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Kiel entscheidend zum Aufbau der Fakultät Sozialarbeit an der Universität Archangelsk in Nordrußland beigetragen.

Sinkender Lebensstandard und die damit im Zusammenhang stehende rapide Verschlechterung

der Gesundheit führten zur Verkürzung der Lebenserwartung. Armut, soziale Not und Wohnungsmangel drücken die Geburtenraten. Die Zahl der Scheidungen nimmt zu, mehr und mehr Kinder wachsen ohne Fürsorge auf, und die Gewalt sowie die Kriminalität unter den Jugendlichen nehmen zu. Der Staat bietet den Familien keine soziale Sicherheit; Alleinerziehende, chronisch Kranke, Behinderte, Arbeitslose werden völlig unzureichend unterstützt.

Die sozialen Spannungen haben eine bedrohliche Schärfe angenommen, der Widerspruch zwischen der Sehnsucht nach einem besseren Leben und der Chance der Verwirklichung wächst. Armut, Hoffnungslosigkeit oder Resignation lassen viele – vor allem die Männer – zur Flasche greifen. Frauen bringen oft mehr Energie dafür auf, Initiativen zu ergreifen. Sie sind es, die Heime für Straßenkinder, Schulen für Behinderte oder Klubs für herumstreunende Jugendliche schaffen, die die Medien mobilisieren, Banken und Geschäfte um Spenden bitten und so etwas Positives für Kinder und Jugendliche erreichen:

- Die Stadt Archangelsk stellte einer Pädagogin ein Gebäude zur Verfügung; sie baute eine Schule für körperbehinderte Kinder auf, arbeitete bis zur Erschöpfung, bettelte das Geld zusammen.
- Ein Sozialzentrum nimmt Kinder auf, die auf der Straße, in Kellerlöchern und auf Baustellen lebten. Auch hier leisten Frauen schier Unglaubliches, bekommen monatelang kein Gehalt, leben wie die Kinder von den gespendeten Lebensmitteln.
- Frauen bauten im Keller eines Betriebes ein Zentrum für Kinder und Jugendliche auf, arbeiten oft ohne Bezahlung, geben den Kindern das Gefühl, in dieser Gesellschaft einen Platz zu haben.

Durchschnittsverdiener verloren durch die Freigabe der Preise und den Zwangsumtausch mehrmals ihr Ersparnis, die Löhne wurden nicht an die Preise angepaßt. Viele Menschen wünschen sich inzwischen das alte System zurück, wollen lieber stundenlang anstehen und genug zu essen haben als volle Regale und kein Geld. Sie glauben, Demokratie und Marktwirtschaft brächten nur Reichen Vorteile. Etwa 40 Prozent der Einwohner Rußlands lebten 1995 unterhalb des Existenzminimums, die Durchschnittsrente liegt unter der Armutsgrenze.

Einkommen in Rußland (1995)

Einkommen (1 DM = 3 200 R.)	Rubel	DM
durchschnittliches Einkommen	328 800	102,75
durchschnittlicher Arbeitslohn	346 000	108,13
Existenzminimum („nicht krepieren“)	225 400	70,44
minimaler Arbeitslohn (für Berechnung der Sozialversicherung), bis 225 400 R. aufstockbar	43 700	13,66
minimale Rente (+ Zuschüsse)	95 500	29,84
Höhe der Rente = 55 % des durchschn. Monatslohns	190 300	59,47

Quelle: Friedrich Schmidt, Soziale Situation in Rußland, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 27 (1996) 3, S. 244. Die Angaben stammen vom Statistischen Amt Nowosibirsk.

Die Föderation muß den Haushalt sanieren, aber die regionalen Eliten würden unpopuläre Maßnahmen wie höhere Miet- und Energiepreise nicht mittragen. Die sozialen Spannungen haben ohnehin schon bedrohliche Formen angenommen. Das Volk protestiert zwar noch nicht gegen Unfähigkeit, Schlamperei, Korruption und Ausbeutung, aber der Ruf nach Ordnung und Gerechtigkeit wird lauter.

V. Hochschulen – Schulen

Jahrzehntlang sind in Rußland Investitionen im Bildungs- und Hochschulbereich (Ausnahme: Eliteeinrichtungen, militärisch-industrieller Komplex) unterblieben. Nach der Perestroika wurden zwar Studienrichtungen gefördert, in denen schnell verwertbare Kenntnisse vermittelt wurden. Hoffnungen auf die Erneuerung des Bildungswesens erwiesen sich aber als Illusion. Mit Mühe wird der Bestand gehalten, die Anschaffung von moderner Literatur oder technischer Ausrüstungen wie etwa Kopiergeräten ist nicht möglich⁷. Die Lage der Studierenden ist schlimm, die Höhe der Stipendien erreicht nicht einmal das Existenzminimum.

⁷ Vgl. Karl Eimermacher, Bedingungen eines Strukturwandels des Hochschul- und Wissenschaftssystems in Rußland, in: ders./Anne Hartmann (Hrsg.), Deutsch-russische Hochschulkooperation: Erfahrungsberichte, Bochum 1996, 6 f.

Nicht minder schlecht ist die Situation der Lehrenden, die nicht selten den Hochschulen den Rücken kehren, weil Unternehmen und Staat besser zahlen. Häufig warten Angestellte mehrere Monate auf ihr Gehalt.

Für Strukturänderungen fehlen der politische Wille und das Geld. Visionen, man könne das russische Hochschulsystem mit westlicher Hilfe strukturell reformieren, neue Studiengänge und Curricula einführen, sind in sich zusammengebrochen, das Beharrungsvermögen der alten Organisationsstrukturen wurde unterschätzt. Hilfe ist in Form von Know-how und gezielten Sachinvestitionen sinnvoll, als pauschale Geldleistung würde sie versickern. Inzwischen sind rege Westkontakte wieder Ziel von Intrigen. Auch der eingeschränkte Zugang zu Archiven deutet auf ein rauher werdendes Klima hin⁸.

An den Schulen sieht es nicht viel besser aus. Das Niveau ist niedrig. Die Ausbildung der Lehrer ist unzureichend, und der Verdienst von 350 000 Rubel (110 DM) ist kein Anreiz dafür, freiwillig mehr zu tun. Die Kraft wird für den existenzsichernden Zweitjob gebraucht. Bis zu 30 Prozent der Junglehrer flüchten denn auch aus dem Lehrberuf. Bessere, private Schulen können nur Kinder gut verdienender Eltern besuchen, was zur weiteren Spaltung der Gesellschaft beiträgt. Die Kinder der ‚Neuen Russen‘ besuchen die besten Schulen und Universitäten.

Die Berufsaus- und -weiterbildung hinkt beinahe um Jahrzehnte hinterher; Produktionseinschränkungen und Stilllegung von Fabriken bedrohen sie in der Existenz. Arbeitslosen mit geringer oder falscher Qualifikation könnte durch Weiterbildungsprogramme geholfen werden, aber es fehlen entsprechend ausgebildete Lehrkräfte, und es fehlt eine moderne Ausrüstung.

VI. Intellektuelle

Gerade jene, die auf Demokratie und eine Wirtschaft nach westlichem Vorbild gesetzt hatten, die Intellektuellen, haben ihre Illusionen verloren und sind dabei, sich damit abzufinden, daß ein autoritäres Regime kommt. Der Schriftsteller Lew Raz-

gon, der über zwanzig Jahre Gulag durchgestanden hat, zählte in der Perestrojka zu den engagierten Demokraten; 1993 forderte er eine autoritäre Regierung, weil es anders nicht gehe. Inzwischen teilen viele die Ansicht, Demokratie und Rechtsstaat seien derzeit unerreichbar.

Unter den Intellektuellen waren es vor allem Journalisten, die den Wandel Rußlands zur demokratischen Leistungsgesellschaft unterstützten. Intellektuelle sahen mit dem Ende des Kommunismus eine Chance, besser zu leben und frei von Entmündigung zu werden. Im Sowjetsystem sind sie eingeschüchtert, verfolgt, in Lager gesperrt oder umgebracht worden; nach der Wende verloren sie durch Inflation, niedrigen Lohn, entwürdigende Arbeitsbedingungen und verweigerte Schlüsselpositionen materielle Sicherheit und Ansehen – und nicht selten die Selbstachtung: Ingenieure verkaufen Batterien in der Metro, Krankenschwestern putzen bei ‚Neuen Russen‘, Offiziere arbeiten als Türsteher, und Professoren fahren Taxi. Vielen ist die Politik gleichgültig geworden, der Überlebenskampf absorbiert alle Kräfte, sie wünschen sich nur noch ein geordnetes und einigermaßen erträgliches Leben.

Werden sich enttäuschte Intellektuelle, bedroht von Chaos und Unsicherheit, der nationalen Wiedergeburt zuwenden? Russen sind auf ihre Geschichte, den Reichtum und die Größe ihres Landes stolz. Doch das Land liegt am Boden, Millionen vegetieren unterhalb der Armutsgrenze, während der besiegte Feind reich ist. ‚Zurück zum Sowjetimperium!‘ kann verlockend klingen, wenn der Verfall nicht mehr zu ertragen ist.

Es wird wohl zwei bis drei Generationen beanspruchen, bis Rußland westlichen Standard erreicht haben wird⁹. Rußland muß den steinigen Weg langwieriger Reformen gehen, muß Wirtschaft und Staat auf Leistung trimmen, die Korruption bekämpfen, investieren und produzieren sowie Bürokratie und Privilegien abbauen. Um leistungsbewußte Eliten für die Erneuerung des Landes zu erhalten, sind strukturell reformierte Hochschulen einschließlich einer leistungsgerechten Besoldung nötig. Der europäisch-asiatische Koloß muß sich von innen erneuern. Demokratie entsteht nicht von selbst, Lernprozesse und Einstellungsänderungen sind dafür unabdingbare Voraussetzungen, doch diese brauchen viel Zeit.

8 Vgl. Anne Hartmann, Von der Euphorie zur Ernüchterung: Perestrojka der Kooperation, in: ebd., S. 20 f.

9 Vgl. Friedrich Schmidt, Erfahrungen deutsch-russischer Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der sozialen Situation, in: ebd., S. 41.

Susanne Pickel/Gert Pickel: Elitenwandel in Osteuropa. Einstellungsunterschiede zwischen Eliten und Bevölkerung am Beispiel Ungarns

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 3–9

Am Ausgangspunkt des Demokratisierungsprozesses in Osteuropa steht eine Diskrepanz in den politischen Einstellungen der Eliten auf der einen und der Bevölkerung auf der anderen Seite, die besonders in den wechselhaften Wahlergebnissen ihren Ausdruck findet. Dabei sind die Konstellation einer Mischung aus neuen und alten Eliten sowie der Prozeß der Herausbildung einer aktuellen Elitenstruktur von Wichtigkeit. Ein zentrales Ergebnis ist die skeptischere Haltung der Bevölkerung zur Demokratie im Vergleich zu den (neuen) politischen und wirtschaftlichen Eliten – Folge eines forcierten Wandels in den Eliten ohne gleichzeitige Verankerung in der Bevölkerung.

Die spezifische Entwicklung Ungarns verweist, verbunden mit diesen übergreifenden Überlegungen, auf die Gefahren einer solchen Entwicklung hin. Diese läßt sich dort für die politischen Eliten anhand des „schwebenden Parteiensystems“ gut illustrieren. Ungarn erweist sich dabei als Musterbeispiel eines „Transplacement“-Prozesses, der die Verschiebung der Rekrutierungsbedingungen in der Phase nach dem Umbruch erkennen läßt. Interessant ist dabei, daß die neu gemischten Führungseliten demokratischere Einstellungen aufweisen als die Bevölkerung.

Letztendlich kann aber zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung noch nicht gesagt werden, ob die Eliten diese etwas prodemokratischere Haltung, wenn sie diese überhaupt behalten, an die Bevölkerung weitergeben können oder ob die Differenz zwischen Eliten und Bevölkerung möglicherweise einmal so groß wird, daß die Konsolidierung der Demokratie in Frage steht.

Helmut Fehr: Von der „Solidarität“ zum Kampf um die Macht. Elitenbildung und Intelligenz in Polen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 10–20

Untersuchungen zum politischen Elitenwandel in der ersten Phase der Transformation Polens unterstreichen mehrere Sachverhalte. *Erstens*: Es handelte sich bei der Zäsur von „1989“ um einen *Eliten-austausch*, dessen Vorbedingungen bis zu den Studentenprotesten vom März 1968 zurückgehen. *Zweitens*: Die Intelligenz als Gruppe nimmt in der ersten Phase der Transformation integrierende Aufgaben wahr, die sie stellvertretend für die politisch nicht handlungsfähigen neuen „Mittelklassen“ ausübt. Krisensymptome und Spaltungstendenzen sind für die Herausbildung neuer (partei-)politischer Eliten kennzeichnend.

Zwei Befunde sind von Bedeutung: Artikulierte Interessenpositionen treten hinter symbolischen Themen des Eliten-Machtkampfes zurück. Sozialstrukturelle Differenzierungslinien spielen für die Herausbildung neuer politischer Parteien und Eliten in der ersten Phase der Transformation keine Rolle. Bestrebungen für eine „neue“ Übereinkunft im Spektrum der Post-Solidarność-Eliten sind nur in Ansätzen zu erkennen.

Ilja Srubar: Elitenwandel in der Tschechischen Republik

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 21–33

Für das Verständnis des Elitenwandels in der Tschechischen Republik sind zwei historische Schlüsselereignisse von Bedeutung, in deren Folge sich das potentielle Reservoir für die Rekrutierung der gegenwärtigen tschechischen Funktionselite bildete. Der kommunistische Umsturz von 1948 ließ einerseits „proletarische Kader“ in die Führungspositionen aufsteigen, andererseits aber auch eine Bildungsschicht junger KP-Mitglieder entstehen, die 1968 die Reformen des Prager Frühlings anführten. Politische Säuberungen nach der Invasion von 1968 hatten einen ähnlichen Effekt: Die Lücken in der Funktionselite wurden teils aus den unteren Positionen des KP-Apparats aufgefüllt, teils durch die Aufnahme junger, qualifizierter Karrieristen in die KP geschlossen, die größtenteils im zweiten Glied der Hierarchie standen.

Ausgeschlossen vom Zugang zu Spitzenpositionen wurden naturgemäß sowohl die im Land verbliebenen als auch die emigrierten Exponenten bzw. Sympathisanten des Prager Frühlings sowie die sich um die Charta 77 formierenden Dissidentengruppen. Geringe Aufstiegschancen hatten auch die Angehörigen der sogenannten „grauen Zone“, das heißt Mitglieder der Bildungsschicht, die aufgrund ihrer Parteilosigkeit bzw. einer unzuverlässigen Haltung dem Regime gegenüber für Spitzenpositionen nicht in Frage kamen, die aber ihren Berufen – in nicht exponierten Positionen – nachgehen konnten.

Im Konflikt um die Definitionsmacht des Transformationsprozesses, der zwischen Václav Havel und Václav Klaus nach der Wende 1989 im Rahmen des Bürgerforums ausbrach, konnte sich Klaus mit seinen neoliberalen Präferenzen durchsetzen. Dies hatte eine selektierende Wirkung auf die Zusammensetzung der neuen Funktionselite insofern, als die Vertreter der 68er-Orientierung keinen und die der Charta 77 nahen Kreise einen relativ geringen Eingang in diese fanden. Betrachten wir die gegenwärtige tschechische Funktionselite im Lichte bekannter empirischer Daten, dann gehören hier die Angehörigen der „grauen Zone“ sowie jene des zweiten Glieds der „Kaderreserve“ der KP zu den „Gewinnern“. Diese zweite Gruppe ist vor allem in der „neualten“ Wirtschaftselite vertreten, während in den politischen und kulturellen Elitesektionen die Mitglieder der „grauen Zone“ überwiegen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß es den Elitemitgliedern an Qualifikation fehlen würde bzw. daß sie linken politischen Orientierungen nachhingen. Die neue Führungsschicht, die zwischen 40 und 55 Jahre alt ist, besitzt durchweg eine technische, ökonomische oder juristische Hochschulbildung. Politisch ist sie „rechtsorientiert“, das heißt, sie präferiert Parteien konservativ-liberaler Prägung. Damit unterscheidet sie sich von der Wählerschaft im allgemeinen, in deren Gunst gegenwärtig die oppositionelle Sozialdemokratie am höchsten steht. Dies zeigt an, daß der Prozeß der Formierung der tschechischen Eliten bei weitem noch nicht abgeschlossen ist.

Friedrich Schmidt: Rußland – Land der Extreme

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/98, S. 34–38

Der Wandel von parteihörigen Kadern zur neuen Geld- und Machtelite spiegelt die Probleme der Transformation in Rußland wider: Organisationsstrukturen, Institutionen und Werte zerfallen. Ohne Verselbständigung der Regionen kann die Modernisierung Rußlands nicht gelingen, Moskau ist dazu nicht in der Lage. Die regionalen Eliten müssen eine eigenständige Politik betreiben und sich dagegen wehren, daß die Gebietseinnahmen in der Zentrale versickern. Unausgereifte Gesetze, eine überbesetzte, leistungsfeindliche und korrupte Bürokratie und der fehlende Rechtsstaat behindern tiefgreifende Reformen. Eine parasitäre Geld- und Machtelite hat die Wirtschaft im Würgegriff. In dem von der KPdSU vorbereiteten und von der neuen ‚Elite‘ vergrößerten Wirtschaftschaos sind Filz, Korruption, Kriminalität und Alkoholismus die einzigen Wachstumsbranchen.

Armut, soziale Not, rückläufige Geburtenraten, die Existenz von Straßenkindern, asoziale Verhaltensweisen, Schließung sozialer Einrichtungen usf. sind die Folgen einer Politik, die auf einen Kapitalismus ohne soziale Komponente setzt. Ein Hoffnungsschimmer ist das Engagement der Frauen, die sich für die sozial Benachteiligten – allen voran die Kinder – einsetzen. Auf der Basis von Spenden unterhalten sie die notwendigen sozialen Einrichtungen, für die es keine staatlichen Mittel gibt.

Auch für die Schulen und die Hochschulen ist kein Geld da. Eine gründliche Strukturreform des Bildungswesens, ohne die der kranke Riese Rußland nicht genesen kann, steht noch aus.